

rot+dorn

linke Zeitschrift aus Berlin & Brandenburg

Schwerpunkt: Krise & Kapitalismus

- Interview: Tiefenrausch
- Rettet den Mellowpark
- Sozialabbau und SPD



Geneigte Leserin, geneigter Leser,

du hältst die 50. Rotdornausgabe in den Händen. Niemand hätte gedacht, dass es einmal dazu kommt, als 1991 der erste Rotdorn die Welt erblickte. Die erste Auflage betrug 500 Exemplare auf DIN A5 – Format. Nun sind es seit Jahren bis an die 10.000 pro Ausgabe.

Zunächst angetreten, um mitzuhelfen die Kohl-Regierung zu stürzen und bei den Jusos organisiert, dauerte es 7 Jahre, bis Kohl endlich abgewählt wurde. Jedoch verwirklichte die neue rot-grüne Regierung nicht annähernd die Erwartungen an das von ihr selbst propagierte rot-grüne Reformprojekt als Aufbruch nach links. 1999 verantwortete man mit der Bombardierung Serbiens den ersten Kriegseinsatz deutscher Truppen seit 1945. Schröder philosophierte öffentlich darüber, dass man gegen die Wirtschaft nicht regieren könne. Sein Finanzminister, Oskar Lafontaine, wurde von der britischen Sun zum gefährlichsten Politiker Europas auserkoren, bevor er von allen Ämtern zurücktrat. Die damaligen Jusos Pankow/ Weißensee traten geschlossen und mit öffentlichen Erklärungen aus der SPD aus und gründeten die Rotdornredaktion als unabhängige politische Gruppe. Der Rotdorn konnte weiterhin kostenlos verteilt werden, da die damalige PDS die Druckkosten übernahm. Heute wird der Rotdorn von der Linksjugend-solid Berlin und Brandenburg herausgegeben. Verschafft euch am besten selbst einen Eindruck von der 18jährigen Entwicklung des Rotdorns in unserem online-Zeitungsarchiv auf www.rotdorn.org. Eine interne Suchmaschine erleichtert die Suche.

Auch 2009 werden wir unsere Radiosendung über den Äthter jagen. Rotdorn-Radio wird weiterhin jeden 2. Montag (jede gerade Kalenderwoche) zwischen 20 – 21 Uhr auf den Radio-Frequenzen des Offenen Kanal Ber-

lin (In Berlin über Antenne 97,2 MHz oder im Kabelradio 92,6 MHz und weltweit im Internetlivestream auf www.okb.de/radiostream.htm) zu hören sein. Wer den Termin verpasst, kann sich die Sendung auch als .mp3-File auf unserer Homepage www.rotdorn.org anhören. Die Breite der Themenauswahl hat mittlerweile beachtliche Dimensionen erreicht. Wir freuen uns riesig über jede Reaktion von euch. Schreibt uns: rotdorn@gmx.de. Wir wünschen Euch eine tolle Zeit bis der nächste Rotdorn am 1. Mai 2009 erscheinen wird.

Eure Rotdorn-Redaktion

Inhalt

Schwerpunkt: Krise.....	03
Interview: Finanzpol. Sprecher Attac.....	05
Glosse: Wert der Wertlosen	06
Wer wir sind und was wir wollen	07
Rettet den Mellowpark.....	08
Volksbegehren zum Relionsunterricht.....	09
Der neue Präsident in Paraguay.....	10
Kurzmeldungen	11
Interview: Tiefenrausch.....	12
Die Sozialdemokratie und der Sozialabbau.....	14
Feminismus - Patriarchat heute ein Mythos?	16
Rezensionen	18
Glosse: Haushaltskonsolidierung.....	19

mach mit!

Seit nun mehr 18 Jahren erscheint der Rotdorn dreimal jährlich mit einer Auflage von 10.000 Stück und versteht sich als linke Zeitschrift aus Berlin und Brandenburg. Mit einer breiten Themenvielfalt und dem Rotdorn-Radio, bieten wir vielfältige Möglichkeiten sich politisch zu engagieren:

- Einfluss auf redaktionelle Entscheidung nehmen
- Eigene Artikel veröffentlichen
- Interviews mit politischen Persönlichkeiten oder Organisationen führen
- Ideen, konstruktive Kritik oder eigene Themen einbringen
- Veranstaltungen organisieren
- Layout und Design des Rotdorns gestalten
- Musikvorschläge und Beiträge für das Rotdorn-Radio einbringen
- Glossen, Kolumnen, Gedichte oder Satiren schreiben und veröffentlichen
- Kontakte zu politischen Organisationen knüpfen
- Den Rotdorn verteilen

Alle Entscheidungen innerhalb der Redaktion werden demokratisch getroffen und es gibt keine Hierarchien. Jeder bringt sich nach seinen Vorstellungen ein. Wir treffen uns jeden Donnerstag um 19:30 Uhr im Karl-Liebknecht-Haus im solid-Büro im 1. Stock (Kleine Alexanderstr.28 / Nähe U+S-Bhf. Rosa-Luxemburg-Platz, neben der Volksbühne). Wir würden uns freuen, Dich kennen zu lernen!

Email: rotdorn@gmx.de

Unsere aktuelle Ausgabe und unsere Homepage findet ihr hier: <http://www.rotdorn.org>

Abschließend sei noch auf unsere Radiosendung „Rotdorn-Radio“ hingewiesen. Ihr könnt sie Euch auf unserer Homepage als mp3 runterladen.

* i m p r e s s u m

Rotdorn erscheint dreimal jährlich und hat diesmal eine Auflage von 10000 Exemplaren 19. Jahrgang Nr. 50 01/09

V.i.S.d.P.

Die Rotdornredaktion

Herausgeber
[solid] Brandenburg/
Berlin
www.solid-web.de
www.solid-brandenburg.de
www.solid-berlin.org

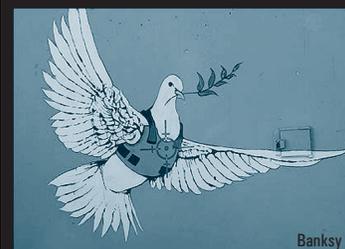
Gestaltung
maoh

Kontakt
Rotdorn
Postfach 870106
13161 Berlin
fon: (030) 44046156
mail: rotdorn@gmx.de
web: www.rotdorn.org

Bankverbindung
Inhaber: solid e.V.
Kontonummer:
43 93 85 15 00
Bank: Berliner Bank AG
BLZ: 100 200 00
Verwendungszweck:
Rotdorn

-Anzeige-

graswurzel revolution



Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

„...langlebigste und einflussreichste anarchistische Zeitschrift ... Hauptorgan basisdemokratischer Akteure.“
(Wikipedia)

Jahresabo: 30 Euro (10 Ausg.)
Schnupperabo*: 5 Euro (3 Ausg.)
* ... verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo.
Kündigung jederzeit möglich.

GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11
D-53947 Nettersheim
Tel.: 02440/959250 abo@graswurzel.net
www.graswurzel.net

GWR Nr. 331, Sept. 08: Schwerpunkt 1: Krieg im Kaukasus – Stimmen aus Georgien, Deutschland & Russland; Schwerpunkt 2: Libertäre & gewaltfreie Bewegungen im Nahen Osten; außerdem: Schacher um Zimbabwe; Ziviler Widerstand im Atomland Frankreich; Vom Zapatismus lernen heißt postmoderne Kriege führen lernen. Oder: Wie das Pentagon den Netzkrieg entdeckte; Jugendzeitung Utopia Nr. 6: Anarchie; Reiche Eltern für alle?!; u.v.m.

Finanzkrise 08, Wirtschaftskrise 09 die Welt im Würgegriff der Märkte

2008 war das Jahr der Finanzkrise. Bereits am Anfang kriselte es an den Börsen, im Sommer dann die ersten großen Pleiten und im Herbst knallte es so richtig, so dass auch die deutsche Regierung es nicht mehr ignorieren konnte. Wenn ein Steinbrück der marx'schen Krisentheorie auf einmal etwas abgewinnen kann – muss die Kacke ganz schön am Dampfen sein – deutlich machen dies auch die 3000 Mrd US-Dollar die in den Industriestaaten bereits in das Finanzsystem geflossen sind.

Die phallusähnlichen Konzernzentralen die sich in London, Frankfurt, New York und anderswo bisher vor Glas und Stahl trotzend als Symbole der „freien Marktwirtschaft“ gegen staatliche Regulierung und die Interessen der Lohnabhängigen in die Höhe gestemmt haben, beherbergen nun immer häufiger Manager, die betteln gehen müssen – beim Steuerzahler - der freilich aber nichts dazu sagen darf.

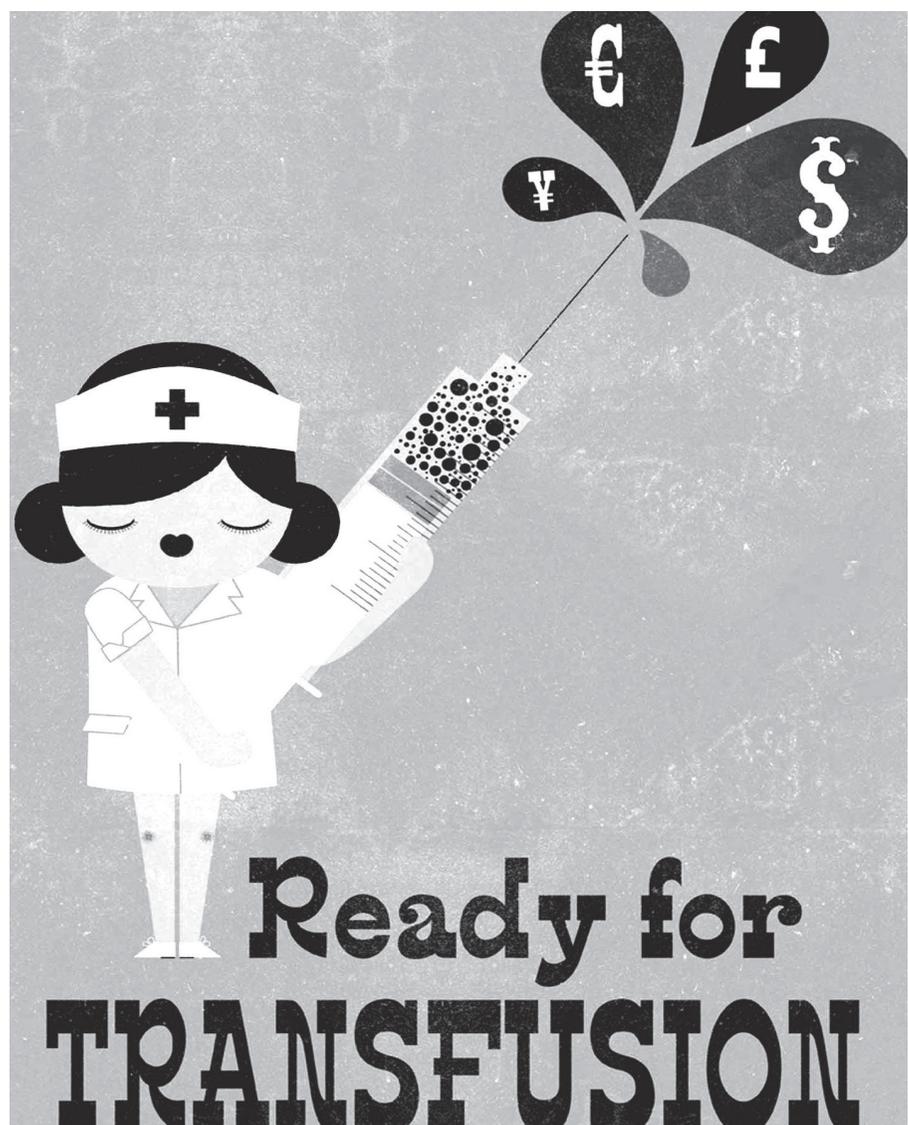
Als George Bush, ein Kreuzritter des Kapitalismus, dann die beiden Immobilienfinanzierer Fanny May und Freddy Mac verstaatlichen musste, rutschte dem venezolanischem Präsidenten Hugo Chavez schon mal ein „compañero George“ über die Lippen. Nun beginnen in der Linken die Spekulationen darüber, ob dies nun eine Krise im oder des Kapitalismus ist. Ob wir nur an der Schwelle eines stark veränderten Wachstumsmodells stehen, welches das neoliberale ablöst – in dem der Staat durch riesige Investitionsanstrengungen die Profite wieder zum fließen bringt oder die Profit getriebene Marktwirtschaft als solche vor einem Umbruch steht, in dem Gesellschaften auch einen anderen Weg einschlagen könnten.

Eines scheint festzustehen, die Wirtschaftskrise folgt in diesem Jahr, 2009 wird es also mehr als „nur“ Banken treffen. Dies ist nicht nur die Folge von „allgemeiner Zurückhaltung“ in der Krise sondern auch Resultat einer Kredit- und Investitionsklemme - das Geld fließt nicht mehr. Im Kapitalismus jedoch, ist der Bedarf an Geld riesig – so gut wie kein Unternehmen ist ohne Schulden, ähnlich sieht es bei Städten und Staaten aus. Zur Aufrechterhaltung des Tagesgeschäftes

braucht es immer neue Kredite. Die kapitalistische Wirtschaft ist mit Krediten (Investitionen) geschaffen worden und kann auch nur mit Hilfe dieser am Laufen gehalten werden. Das staatliche Geld würde dafür nie ausreichen, da der Bedarf ja keine Grenze kennt, darf auch das Angebot keine Grenze haben – staatliches Geld jedoch, ist im Normalfall begrenzt (Die Zentralbank achtet darauf, dass nicht zuviel Geld im Umlauf ist). Eine Finanzmarktkrise hat immer Auswirkungen auf Industrie und Gewerbe, ihr „Kapitalhunger“ ergo der Zwang zum Wachstum (!), hat ja den Finanzmarkt erst nötig/möglich gemacht. Sie nehmen nicht nur gerne das Geld aus dem Kreditsystem, sondern sie legen ihre „Überschüsse“ dort auch gewinnbringend an. Die Auffassung, es gäbe eine Trennung

in „Geldwirtschaft“ und „Realwirtschaft“ hält nur Illusionen über den Kapitalismus aufrecht. Es gibt verschiedene Märkte für verschiedene Produkte, aber nur eine kapitalistische Wirtschaft.

Raten müssen bezahlt werden, die Erwartungen der Anleger und Gläubiger irgendwie erfüllt werden, davon hängt alles ab. Falls dies nicht gelingt, „fliehen“ die Investoren und die Unternehmen gehen Pleite. Mehr noch, eigentlich ist nur wichtig, dass alle erwarten (!), dass Wachstum eintreten wird – weil dies derzeit, auch mit viel Koks nicht mehr geht, beginnen gerade schon die Riesen unter den Industriellen den Staat um Hilfe zu bitten, namentlich amerikanische Autokonzerne. Doch sie werden nicht die einzigen bleiben.





Die Autoindustrie bildet einen zentralen Nervenpunkt des globalen Wirtschaftssystems. Daran hängen nicht nur die zahlreichen Zulieferbetriebe, sondern auch erhebliche Teile der Grundstoffindustrien wie Stahl und Chemie; ganz abgesehen von den Dienstleistungen aller Art an den jeweiligen Produktionsstandorten. Die Autonachfrage ist auf dem europäischen Binnenmarkt schon seit Jahren rückläufig und lebte nur noch vom Exportboom in die USA und die Schwellenländer. In dem Maße, wie nun die weltweite Nachfrage zum Stehen kommt, setzt zwangsläufig eine Kettenreaktion quer durch das gesamte Spektrum der Produktionskomponenten ein. Wie weit die Wellen der Krise sich ausbreiten werden, bleibt weiter unklar. Festzustellen bleibt, in diesem System sorgt der Überfluss an Gütern dafür, dass noch mehr Menschen in Armut leben werden, als vor der Krise. Ein Paradoxon welches in den Mainstream-Diskussionen natürlich kaum auftaucht.

Viele Autokonzerne, darunter Opel, BMW und Daimler, haben ihren Warenausstoß reduziert. Lufthansa, die zweitgrößte Fluglinie Europas, klagt über einen deutlichen Rückgang bei Geschäftsreisen. Auch Software-Anbietern, allen voran SAP, droht der Abschwung. Ob Zeitarbeitsfirmen, Versicherungen oder Schiffahrtsgesellschaften, ob hessische Apfelweinproduzenten oder chinesische Stahlkocher - eine Branche nach der anderen gerät in den Krisensog. Sogar die Luxusgüterindustrie, die bis jetzt als sicher eingestuft wurde, vermeldet, dass der Umsatz schrumpft. Mit Island blickt nun auch der erste Staat in den Abgrund des Bankrotts. Osteuropa nähert sich dieser Aussicht.

Gleichzeitig sind die Diskussionen um eine Regulierung der Finanzmärkte, zumindest in Regierungskreisen schon wieder zum Erliegen gekommen – viele Lippenbekenntnisse und Gipfeltreffen bleiben ohne Konsequenzen. Dies passiert nicht zufällig, denn die Freiheit des Marktes einzuschränken, würde bedeuten „Profitfeindliche“ Si-

gnale an die Anleger und Fonds auszusenden – etwas, was man vermeiden möchte, um eine Erholung des Marktes nicht zu gefährden. Die diskutierten „neuen Regeln“ für Banken & Co. sowie eine Reihe weiterer staatlicher Maßnahmen wären aber unbedingt notwendig um die sozialen Katastrophen der Wirtschaftskrise zu lindern. Schon jetzt hat sie ungezählte und unbeachtete Opfer in den armen Regionen der Welt gefordert.

Staatliche Regulierung und soziale Sicherung zu fordern ist also sinnvoll und braucht den Druck der Straße. Klar sein muss jedoch, dass Armut, Reichtum, Ausbeutung und Konkurrenz, Elemente der Marktwirtschaft sind, in der nicht die Menschen zählen sondern nur die Profite. Der Immobilienboom und die Spekulationsblase in den USA, hat dort zu Wirtschaftswachstum geführt, an dem auch in der BRD kräftig mitverdient wurde - bis es der Auslöser der Krise wurde. Die USA hat dies gefördert um eine vergangene Wirtschaftskrise zu überwinden. Das Kapital ist auch jetzt noch auf der Suche nach den „höchsten Renditen“ und der Unternehmer, der durch seine LohnarbeiterInnen viel Gewinn gemacht hat, will auch weiterhin das Geld, was er gerade nicht braucht, profitabel anlegen. Soviel ist sicher, die nächste Krise kommt bestimmt. Die Verrücktheit, dass ganze Gesellschaften nur für die Vermehrung kleiner bedruckter Scheine arbeiten, fällt kaum noch jemandem auf. Viel zu normal ist es schon, dass unser Leben, unsere Existenz vom Funktionieren irrationaler Märkte abhängt. Und das eine kleine Elite sich auf dem Rücken aller anderen riesige Vermögen aneignet.

Alle Vorstellungen, die sich, wie verkappt auch immer, an die Fata Morgana eines „Wohlstandskapitalismus“ klammern, den die Ideologen der 1960er Jahre herbeireden wollten, werden zunehmend unreal. Ganz real jedoch ist, dass das große ›Shoppingcenter‹ in dem die meisten Westeuropäer bisher ihr Leben verbrachten sich massiv verändern wird. Gesellschaften je-

doch, die die Erfüllung von Sinnbedürfnissen ausschließlich über Konsum befriedigen, haben in dem Augenblick, in dem mit einer funktionierenden Wirtschaft auch die Möglichkeit wegbriecht, Identität, Sinn und Glücksgefühle zu kaufen, kein Netz, das ihren Fall aufhalten würde. Die Gefahr das in der Krise Nationalistische/Rassistische Ideologien an Stärke gewinnen, ist groß. Unüberschaubar und komplex sind die Probleme und Zusammenhänge, die Flucht in »einfache Scheinlösungen« wird für viele verlockend sein.

Es muss neben vielen sinnvollen Forderungen also auch darum gehen, über die Absurdität und Brutalität des Systems aufzuklären. Das Wissen darüber, wie Kapitalismus funktioniert und die Erkenntnis, dass der Staat uns nicht „retten“ wird - helfen uns im Widerstand gegen ein menschenverachtendes und umweltzerstörendes System. Aktiv zu sein im Aufbau von politischen Gruppen und Netzwerken, die vor allem ein Ziel haben: Kapitalismus abschaffen. In unserem Kampf um eine alternative Gesellschaft, in der die Wirtschaft den Bedürfnissen der Menschen dient, liegt der wichtigste Schlüssel zur Überwindung solcher Krisen und aller anderen Zumutungen des Kapitalismus. Für was könnte eine globale Finanzkrise gut sein, wenn nicht für das Erwachen einer Begierde - einem unstillbaren Durst nach einem Leben frei von Konkurrenz und Zwang, frei von Unterdrückung und Ausbeutung.

Sonderseite mit vielen Texten, Links und Veranstaltungen auf: www.rosalux.de

»Kein Kommunismus ist auch keine Lösung« Broschüre unter solid-fhain.de

Antikapitalistischer Ratschlag der Bewegungen: <http://www.dazwischengehen.org/de/projekt/ich-krieg-die-krise>

maoh

„Dann wird die nächste Krise sehr schnell kommen!“

Interview mit Stephan Schilling (attac)

In einer Rotdorn-Radio Sendung sprachen wir mit dem finanzpolitischen Sprecher von attac, Stephan Schilling, über die weltweite Finanzkrise. Das folgende Interview ist das Produkt einer ausgiebigen Kürzung und umfasst nur Teilaspekte des gesamten Interviews. Die ungekürzte Version ist unter www.rottdorn.org/radioarchiv.htm zu hören.

Wie hat sich die aktuelle Finanzkrise entwickelt?

Ein wichtiger Teil der aktuellen Finanzkrise war die Spekulationsblase an den amerikanischen Immobilienmärkten. Anleger haben nach Möglichkeiten gesucht, Geld anzulegen, Banken haben Kredite vergeben, weil das Geld in den USA billig war. Dieses Geld wurde im Immobiliensektor angelegt. Daraufhin sind die Preise für Häuser gestiegen und auf diese gestiegenen Häuserpreise haben die amerikanischen Hauslehaber Hypotheken aufgenommen.

Was unterscheidet diese Krise von den vorangegangenen?

Ein neuer Aspekt an dieser Krise ist der Weiterverkauf der Kredite an Finanzmarktinstitutionen. Wenn normalerweise ein Kredit vergeben wird dann wartet die Bank, dass der Kredit über die Jahre zurückgezahlt wird. In dieser Krise haben die Banken verschiedene Kredite und Hypotheken zu Wertpapieren gebündelt und an andere Banken, Investmentfonds und Hedgefonds weiterverkauft.

Mit welchen Folgen?

Was geschehen ist, ist folgendes. Geld floß in den Immobiliensektor, worauf die Preise für Immobilien stiegen und aufgrund einer irrationalen Euphorie wurde geglaubt, die Preise steigen immer weiter. Immer mehr Geld floß in diesen Sektor. Irgendwann kam dann der Punkt an

dem diese Euphorie gebremst wurde, im Fall der aktuellen Krise war das die Änderung der Zinspolitik der amerikanischen Notenbank.

Was hat die veränderte Zinspolitik der amerikanischen Notenbank ausgelöst?

Dazu ist es zunächst wichtig zu wissen, dass in den USA Hypotheken nicht so funktionieren wie in Deutschland. Dort sind die Zinsen nicht festgelegt, sondern die Zinssätze sind variabel. Das heißt, in Zeiten in denen die Zinsen der Zentralbank niedrig sind, wie das beim Entstehen dieser Krise der Fall war, sind auch nur niedrige Hypothekenzinsen zu zahlen. Als die Zentralbank die Zinsen angehoben hat, stiegen auch die Zinszahlungen für die Hypotheken. Erste Hausbesitzer waren nicht mehr in der Lage, die Hypotheken zurückzuzahlen und das hat dann die Blase zum Platzen gebracht. Dann wurde Geld aus dem Immobilienmarkt zurückgezogen, immer mehr Hausbewohner sind Pleite gegangen, die Preise sind gefallen. Deshalb sind die Wertpapiere die aus den Krediten entstanden sind und in die ganze Welt verkauft wurden wertlos geworden.

Wie können bzw. sollten die Finanzmärkte nun reguliert werden?

Es geht nicht darum den Finanzmärkten einfach nur wieder auf die Beine zu helfen, sondern worum es jetzt gehen muß, ist andere Finanzmärkte zu schaffen. Das heißt stärker zu regulieren, Unternehmen stärker zu besteuern, für mehr Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen, das müssen die Lehren aus dieser Krise sein.

Und wenn dies nicht geschieht?

Dann wird die nächste Krise sehr schnell kommen!



attac-Aktion in der Börse Ffm

- Glosse -

Der Wert der Wertlosen

Was wäre dein Arzt ohne dich, chronisch Kranker? - Ohne dich hätte er nur sporadische Kunden, nur seltene Gäste in seinen Räumen zu begrüßen; ohne dich wäre sein Gehalt wenig gehaltvoll; wäre seine ökonomische Existenz innerhalb des Gesundheitswesens kränkelnd!

Und was wäre die Pharmaindustrie erst ohne dich? - Weil du bist, darf auch sie

nigstens vollends wertlos, läßt es sich wenigstens auf dich schimpfen und losgehen? - Aber was wäre das Pflegepersonal ohne dich; langweilen würden sie sich zwischen den rar gesäten Terminen bei Arbeits- und Sozialämtern; wenn du nicht gebrechlich geworden wärst, erbrächen sie sich an Nutzlosigkeit; überflüssig wären die Blutsau-



- Gedicht -

Mit Fell und mit Geweih

Roter Kummer färbte hier den weißen Schnee,
wo Du gesucht, im Schutz der hohen Berge,
in weiten Nächten zum Himmelslicht ich seh,
so bin auch ich geflohen in geborgene Ferne.

Seit Ewigkeiten ragt Gebirge aus dem alten Meer,
mich zog vergessener Zauber der dort rauscht,
ich vermisse Deinen warmen Atem sehr
und hab in tiefen Schluchten dumpfes Plätschern gelauscht.

Im Sommer hab ich Dich gegrüßt von mir,
geküsst hat Dich eine kleine, liebe Mücke,
geschickt hab ich zu Dir, das liebe Tier,
wo jetzt wieder Winter ist, in dieser großen Felsenlücke.

Mich lockten Spinnen, Waldkäuze und Lebensliebe,
sah Hoffnung im dunklen Geäst
Und fühl jetzt wieder meine alten Triebe,
mein Einfluss, der Himmel und Jenseits nie verlässt.

„Lieber Mensch!“ ruf ich auch von hier ganz leise
und halt mich fest am eingeschnittenen Ast,
wo unterm Baum und Mond Dein Blut gefror im Eise,
an unsere Hände haben wir uns nie gefasst.

„Ich bleib bei dir“ hab ich mir oft geschworen,
als sich Schnee ganz still auf unsere Münder gelegt,
mancher ist im modernen Lärm verloren
und mir bleibt nur noch mein leises Gebet.

Irgendwann sehen wir uns wieder,
vielleicht mit Fell und mit Geweih,
wenn das Industriezeitalter schon lange ging hernieder,
wenn Gott und Göttin sich paaren mit Geschrei.

in diesem Umfang sein; weil du chronisch leidest, wird Bayer und Pfizer ein wohliges Dasein gesichert; weil dich der Schmerz täglich plagt, gibt es für diese Konzerne eine gesicherte Branchenzukunft!

Weißt du, wie wertvoll du bist, pflegebedürftiger Behinderter? - Auch du sicherst den Speise- und Gabentisch derer, die sich deiner annehmen; auch bist du es, der Behörden, Ärzte, Pharmaunternehmen und viele weitere rotieren läßt; du bist ein Unkostenfaktor mit volkswirtschaftlichen Höchstwerten!

Und was schmarotzen sie sich an deiner reich, Arbeitsloser? - Durch deine Existenz ernähren sich Sachbearbeiter, Fallmanager und Vermittler im Staatsdienste; private »In-Arbeit-Presser« fühlen sich durch dich und anstatt deiner die Taschen; du sicherst denen, die dich gängeln und drücken den Lohn; wärst du nicht dort wo du bist, wären sie dort wo sie sich sicher sind, nie zu landen!

Hast auch du einen Nutzen, verarmtes Kind aus der Unterschicht? - Sei dir sicher, du kleine Ballastexistenz, dein Dasein ist nützlich. Denke daran, wie du Heere von Sozialarbeitern, Psychologen und entrüsteten Journalisten füttest; wie du deren Kindern geradezu die satte Wurst vor die Nase hältst; wie dein ärmliches Ausgelachtwerden das sorgenfreie Lächeln derer fördert, die an deinem In-der-Welt-sein gesättigt werden!

Wenig lieb, aber doch teuer bist du, nicht sterben wollender Rentner. Bist du we-

ger, die sich an deiner Antiquiertheit laben - all jene, die dir gerädertes Essen liefern oder in einem sterilen Büro deine Rente verwalten; durch deine Greisenhaftigkeit wissen sich Familien und deren Kinder genährt - gelebte Generationengerechtigkeit!

Aber du, obdachloser Penner, erlaubst uns doch sicherlich, dir keinen Wert einzuräumen? - Aber was wäre dann mit denen, die sich deiner annehmen und sich durch diese Annahme ihr Brot sichern; oder mit solchen, die deine wenigen Belange am Staat verwalten und bearbeiten; oder mit jenen, die dich in einen Bus packen und dich aus der Stadt herausfahren, wenn ein städtisch-öffentliches Ereignis ins Haus steht, bei dem die Stadt nicht durch herrschende Obdachlosigkeit diskreditiert werden will?

Ihr Wertlosen, was gebt ihr dieser Gesellschaft nur zu Essen! Arbeitgeber seid ihr, Lebensspender, verkannte Ernährer von Großfamilien! Durch euch wird geurlaubt, wird gekauft, wird ein wohliges Leben ermöglicht! Ihr seid der wahre Wert der Wertschöpfung, ohne euch sähen viele Mittagstische spärlicher, viele Kinderzimmer leerer, viele Geldbeutel windiger aus! Der Dank, den man euch dafür entgegenbringt, muß euch mit Stolz erfüllen...

Von Roberto J. De Lapuente
<http://ad-sinistram.blogspot.com/>

die rotdornredaktion

wer wir sind und was wir wollen

Wir sind eine kleine Gruppe junger Menschen, die sich politisch einmischen will. Denn es wäre eine Katastrophe, wenn sich an dem kapitalistischen Prinzip, das Wichtigste ist Profit, nichts ändern würde. Haushaltslage, Standort und Profit der großen Unternehmen stehen bei politischen Entscheidungen über Bedarf, Notwendigem und Menschlichkeit.

Wir wollen gemeinsam ein profiliertes, ambitioniertes Zeitungsprojekt verwirklichen. Wir verstehen uns als linke Jugendzeitschrift aus Berlin und Brandenburg. Herausgegeben wird der Rotdorn von der sozialistischen Jugendorganisation Linksjugend [solid] Berlin und Brandenburg.

Wir verstehen uns nicht nur als alternative Informationsquelle, sondern auch als Plattform einer antikapitalistischen Jugendbewegung. Deshalb geben wir auch verschiedenen linken Gruppen die Möglichkeit zur Veröffentlichung.

Grundlegende gesellschaftliche Umwälzungen sind nicht möglich, wenn nicht zuvor eine große Mehrheit der Bevölkerung »das Alte« grundsätzlich in Frage stellt. Momentan ist dies aber nur ein kleiner Teil der Bevölkerung, der das momentane System grundlegend und grundsätzlich ablehnt. Von daher ist die Schaffung einer Gegenöffentlichkeit, die Alternativen zur herrschenden Politik benennt und darstellt, die wichtigste Aufgabe der deutschen Linken. Dieser »Kampf um die Köpfe« ist Voraussetzung für jede grundsätzliche gesellschaftliche Änderung. Mit unserer Zeitschrift, Rotdorn, wollen wir einen in unseren Kräften liegenden Beitrag dazu leisten, den Kampf um die Köpfe aufzunehmen.

Notwendig sind nicht politische Eintagsfliegen und Hau-Ruck-Aktionen, sondern ein langer Atem. Wir geben den Rotdorn seit über 15 Jahren heraus und wir sehen keinen Grund, warum es nicht noch 100 werden sollen.

Kein Redaktionsmitglied bekommt einen Cent für seine Mitarbeit. Alle Entscheidungen werden in der Redaktion demokratisch getroffen. Es gibt keine Hierarchien oder Privilegien.

Weltweit formiert sich eine neue antikapitalistische, außerparlamentarische Be-

wegung mit völlig neuen Gruppierungen, Ansätzen und Aktionsformen. Dieses Spektrum reicht von den »Zapatistas« in Mexiko, über die »tute bianche« in Italien bis zu »attac« und vielen, vielen anderen Gruppen, die man gar nicht alle aufzählen kann. Wir erklären uns solidarisch mit dieser Bewegung, die gegen die ausbeuterische Globalisierung, gegen kriegerische Mittel, gegen die Zerstörung unserer Erde und für eine andere Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung eintritt. Wir verstehen uns als Teil dieser Bewegung.

Die Widersprüche, die eine neoliberale Politik produziert, werden weiter wachsen und auch der Widerstand gegen diese. Der Widerstand muss von links gestärkt und aufgefangen werden.

Außerparlamentarische Arbeit in progressiven Bewegungen und den Gewerkschaften ist wichtiger als das Gerangel um Pöstchen und das Finden von parlamentarischen Mehrheiten. Parlamentarisch ist bei der momentanen gesellschaftlichen Lage und den bestehenden Kräfteverhältnissen nichts Grundlegendes in diesem Land zu verbessern.

Die parlamentarische Vertretung der Linken, die neue Bundestagsfraktion »DIE LINKE«, sollte ein Sprachrohr der Gegenöffentlichkeit sein. Sie sollte das Parlament dazu benutzen alternative Lösungen für bestehende Probleme der Öffentlichkeit darzustellen. Insofern hat die neue Linke im Bundestag die historische Aufgabe, glaubhafte parlamentarische Vertreterin der Ausgegrenzten und »Überflüssigen« zu sein.

Wenn das Maß aller Dinge Profit und Geld ist, werden die Probleme der Welt nicht gelöst werden kön-

nen, sondern sich verschärfen. Die Frage Sozialismus oder Barbarei, die schon Rosa Luxemburg stellte, ist daher aktueller denn je. So ist unser politisches Handeln nicht Selbstzweck oder Selbstbefriedigung, sondern der Verantwortung der Erde und unseren Nachkommen gegenüber geschuldet.

Wir treten für ein solidarisches Miteinander der Linken ein.

Die Rotdornredaktion

Anzeige

Diese Zeit braucht diese Tageszeitung

Jetzt 3 Wochen gratis*

3-Wochen-Testabo bestellen über:
Tel.: 0 30/ 53 63 55 82, Fax: 0 30/ 53 63 55 44 oder per E-Mail: abo@jungewelt.de

Die Tageszeitung
junge Welt
Maddalistiche gegen Ru...
Einem Subjekt der USA trug...
der Wachen aber menschenwürg...
Über die Jugendbewegung in...
Verständlich, Spannend, Mit...
Hörbuch

Kein Vergleich
3 BfD von einem Schüler und...
Gesellschaft
4 Ein »Verdrängung« der...
Kommunisten von...
Keine Chance
5 Sozialistische...
Kinder bei...
Kommunisten...
Große...
9

Von der Krise zum Chaos
US-Regierung überlässt vor Pleite stehenden Versicherungskonzern...
vor dem Amt...
Beschäftigungsgarantie und...
D...

Rettet den Mellowpark

Dem Mellowpark, dem größten Jugend- und Sportparks Europa, wurde zum 31. Dezember 2008 das Gelände in Köpenick gekündigt, um den Bau von Luxuswohnungen auf diesem Areal zu ermöglichen. Doch wie soll es nun mit diesem Projekt weitergehen, dass jährlich über 20.000 Besucher anlockte, die auf den 10.000 Quadratmetern die Möglichkeit hatten, an Workshops teilzunehmen, zu skaten oder zu übernachten, um einen intensiven Austausch zwischen Jugendlichen zu ermöglichen?

Der bisherige Protest und dessen Auswirkungen

Die Betreiber des Mellowparks wehrten sich gegen die Kündigung, in dem sie die Initiative „Hände weg vom Mellowpark“ gründeten, mit der sie bisher über 6000 Unterschriften für den Erhalt des größten europäischen Skateparks auf dem bisherigen Gelände sammelten. Die Initiatoren organisierten auch eine Demonstration unter dem Motto „Rettet den Mellowpark“, an der über 200 Personen teilnahmen, die auch aus ortsfernen Regionen anreisten wie die Sportpiraten aus Flensburg. Einen weiteren Höhepunkt dieses Widerstands stellte das Köpenicker Sommerfest dar, für das über 100 Teilnehmer ein T-Shirt mit dem Aufdruck „Hände weg vom Mellowpark“ trugen. Durch diese Aktion machte die Öffentlichkeit aufmerksam gemacht werden für die Problematik des Mellowparks. Deshalb war es auch möglich, dass über 1000 Briefe zur darauffolgenden Bürgersprechstunde versandt werden konnten, die den Erhalt des Mellowparks in seiner bisherigen Form forderten.

Weitere Unterstützung erhielten die Betreiber auch durch die Bezirkspolitik So ist Svend Simdorn (CDU), der Bezirksstadtrat für Bürgerfragen und Jugend, seit Juli der Schirmherr des Mellowparks.

Entwicklungen von Alternativen

Durch die anhaltenden Proteste suchten das Bezirksamt von Treptow-Köpenick als auch all eins e. V., der für den Betrieb des Mellowparks zuständig ist, gemeinsam nach einem alternativen Standort für den Sportpark. Nach einigen erfolglosen Vor-

schlägen, die ungünstig waren für den Betrieb des Mellowparks, wurde das ehemalige Paul-Zobel-Stadion an der Wuhlheide von beiden Seiten präferiert, da sich dies im Besitz des Bezirks befindet und dieser das Gebiet für den Mellowpark sichern will. Zwar wäre nicht das vollständige Gelände an die Betreiber übergeben worden wie es im TAGESSPIEGEL sowie in der BERLINER ZEITUNG beschrieben wurde. Einem Umzug hätte jedoch nichts im Weg gestanden außer der Erstellung eines Lärmgutachtens und der Instandsetzung der maroden Gebäude, doch dann entstanden neue Probleme für die Betreiber des Mellowparks mit diesem Gebiet.

Hindernisse für die Betreiber

Das neue Areal für den Mellowpark war den Betreibern schon fast sicher als sich herausstellte, dass bereits Gespräche mit anderen Investoren in Bezug auf dieses Grundstück geführt wurden, die nicht mehr revidierbar seien, ohne einen Schaden für das Land Berlin zu erzeugen. Doch statt nach einer weiteren Alternative Ausschau zu halten, begann es im Bezirksamt von Treptow-Köpenick zu kriseln, so dass zum Beispiel Kritik an der Bürgermeisterin Gabriele Schöttler (SPD) laut wurde. Diese sei laut ihren Gegnern überlastet in ihrem Amt und auch die Niederlage bezüglich des neuen Grundstücks wurde ihr angelastet. So entwickelt sich die Problematik des Mellowparks auch zu einer politischen Krise, die auch nicht durch den neuen Schirmherrn Svend Simdorn aufgehoben werden kann, da dieser keinen Einfluss auf die Ausschüsse besitzt, die auch für die Zukunft des Mellowparks zuständig sind. Doch diese Phase schadete dem Mellowpark, denn die Zeit verstrich weiterhin, ohne eine Lösung für dieses logistische Problem zu finden. Deswegen ist der Protest für dieses alternative Projekt wichtiger als je zuvor, denn ohne Unterstützung würde dieser Sportpark verschwinden, ohne eine angemessene Alternative geschaffen zu haben. Da dem Mellowpark zum 1. Januar 2009 das Gelände ersatzlos gekündigt wurde, ist die Zukunft des Mellowparks ungewiss. Dabei sind Projekte wie dieses notwendig, um für die Jugendlichen eine Freizeitmöglichkeit zu schaffen, in der deren Interes-



sen weitgehend gedeckt werden können. Deshalb sollten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden von Protest-E-Mails an gabi.schoettler@ba-tk.verwalt-berlin.de über der Teilnahme an weiteren Demonstrationen bis zur Unterstützung für die Initiative „Hände weg vom Mellowpark“, denn dass solche Proteste erfolgreich sein können, beweist die Rettung der Köpi, deren Erhalt nur durch solche Aktionen gewährleistet werden konnte. Ein Beweis für die potentielle Stärke der linken Bewegung, der auch dieses Mal wieder erbracht werden muss.

STEPHAN

www.rettet-den-mellowpark.de

Aus überlieferter Herkunft in gemeinsame Zukunft Wieder droht ein Volksbegehren für Gestriges

Das mühsam erkämpfte Instrument des Volksbegehrens wird unerwartet schon ein zweites Mal von Kreisen genutzt, die lange gegen diese Ergänzung der demokratischen Kultur waren. Nach der Tempelhofnostalgie, die sich nicht durchsetzen konnte, sammelt eine Pro-Religionsunterricht-Initiative Unterschriften zur Abschaffung des erst 2006 eingeführten ordentlichen Unterrichtsfaches Ethik. Diese Sammlung hat am 2. September 2008 begonnen und dauert bis zum 21. Januar 2009.

Die erste Hürde wurde bereits genommen. Über 35 000 Unterschriften wurden gesammelt, um einen Antrag auf ein berlinweites Volksbegehren einzureichen. Jetzt muss man innerhalb von vier Monaten die geforderten 170 000 Unterschriften zusammen bekommen, um dann innerhalb von weiteren vier Monaten eine Volksabstimmung, die man möglichst mit den Europawahlen koppeln möchte, zu erreichen. Anders als bei der Flughafengeschichte hätte ein positives Ergebnis der Abstimmung unmittelbare Gesetzeswirkung, weil im Fall des Faches Ethik über eine nur Berlin betreffende Sache entschieden würde. Das heißt, das so wichtige, gemeinsame Fach Ethik für die Klassen 7. bis 10. Schuljahr müsste wieder abgeschafft werden. Nun steht nicht zu vermuten, dass Leser und Freunde des Rotdorn überzeugt werden müssten, keine Unterschrift für dieses rückwärts gerichtete Begehren zu geben. Aber vielleicht können Sie mithelfen, Aufklärungsarbeit zu leisten, worum es eigentlich bei der Sache geht. Denn die Ziele von ProReli klingen ja am Straßenstand zunächst gut: Wer ist schon gegen Religion und wer ist schon gegen Wahlfreiheit – also kann man doch auch gern die Unterschrift geben.?

Aber worum geht es bei dem gemeinsamen, für alle Sieben- bis Zehn –Klässler verpflichtenden Fach wirklich?

1. Das Problem und die Ausgangslage

Dass wir nur gemeinsam das Leben auf dem enger werdenden Globus bewältigen können, wird Vielen immer bewusster. Die Pflicht zum Wahrnehmen der wechselseitigen Verflochtenheit gilt für die Bewältigung aller drängenden Nöte im weltpo-

litischen Rahmen, aber auch in jedem persönlichen Bereich.

Nach Brandenburg hat seit 2006 auch Berlin aus dieser Aufgabe ein ordentliches Schulfach gemacht. In Brandenburg heißt das Fach Lebensgestaltung-Ethik-Religion (LER), in Berlin einfach „Ethik“. Im Brandenburg der 90iger Jahre war man sich nicht überall der grundsätzlich neuen Aufgabenstellung bewusst, so dass man auf einen Vorschlag zum Kompromiss vor einer gerichtlichen Entscheidung einging. Damals fragte das Bundesverfassungsgericht, ob man sich nicht im Verhältnis zum Religionsunterricht einigen könnte auf eine Abwahlmöglichkeit von LER. Man hat den Vorschlag angenommen – und das Gericht brauchte damit noch nicht konkrete Folgerungen aus der grundsätzlich bestätigten Verfassungsgemäßheit des neuen Faches zu ziehen.

Zehn Jahre später ist das Problem deutlicher, jedenfalls in Bundesländern, in denen sich nicht mehr die Mehrheit der Bevölkerung zu einer christlichen Konfession bekennt. Berlin schloss mit einer Zweidrittel-Mehrheit des Parlaments nach langer Erörterung und Anhörung jede Abwahlmöglichkeit von Ethik aus, weil damit der Sinn dieses neuen ordentlichen Unterrichtsfaches verfehlt würde.

Einige Eltern hatten 2006 vor verschiedenen Gerichten unter Berufung auf die Religionsfreiheit geklagt. Vom Bundesverfassungsgericht wurde die Klage unter Hinweis auf die integrative Bedeutung des gemeinsamen Faches nicht einmal angenommen, mit folgender Begründung: „Integration setzt nicht nur voraus, dass die religiös oder weltanschaulich geprägte Mehrheit jeweils anders geprägte Minderheiten nicht ausgrenzt; sie verlangt auch, dass diese sich selbst nicht abgrenzt und sich einem Dialog mit Andersdenkenden und Andersgläubigen nicht verschließt. Dies im Sinne gelebter Toleranz einzuüben und zu praktizieren, kann für den Landesgesetzgeber eine wichtige Aufgabe der öffentlichen Schule sein. [...] Angestrebt wird mithin, dass sich Schüler auch unterschiedlicher Religionszugehörigkeit und Weltanschauung untereinander über Wertfragen austauschen.“

Angesichts dieser Unterrichtsziele durfte der Berliner Landesgesetzgeber im Ergebnis davon ausgehen, bei einer Sepa-

rierung der Schüler nach der jeweiligen Glaubensrichtung und einem getrennt erteilten Religionsunterricht sowie einer Aufspaltung der Unterrichtsgegenstände auf verschiedene andere Fächer oder der Möglichkeit der Abmeldung von einem Ethikunterricht könne den verfolgten Anliegen im Lande Berlin möglicherweise nicht in gleicher Weise Rechnung getragen werden wie durch einen gemeinsamen Pflicht-Ethikunterricht.“ (1 BvR 2780/06)

Üblicherweise wird auf die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes gewartet und allseits gemahnt, diese zu beachten. Dass jetzt eine ethisch hochmotivierte Gruppe, wie es doch die Pro-Reli-Leute sicherlich sind, dies nicht tut und in ihrer Werbung ganz unterschlägt, hat ein Kreis von Christen veranlasst, mit einem Anschreiben an die Vorstände der Berliner Kirchgemeinden einen Auszug des BVG-Urteils zur Kenntnis zu geben mit der Bitte, dieses ihren Gemeinden ebenso zur Kenntnis zu geben wie die Pro-Reli-Werbung.

2. Ethik und Religions-/Weltanschauungsunterricht sind nicht austauschbar.

Inzwischen wird an drei Berliner Universitäten ein Ausbildungsgang für das Fach Ethik angeboten. Dort hat man auch die



nicht auswechselbare Aufgabenstellung der Fächer inzwischen deutlich herausgearbeitet mit folgenden Überlegungen: Der Weltanschauungs- und Religionsunterricht lehrt das Sprechen in einer bestimmten Form und Tradition. Wegen der nicht mehr aufhaltbaren Vermischung der Kulturen/Religionen weltweit und durch die mediale Vernetzung wird den einzelnen Menschen die freie Wahl zugestanden und zugemutet werden müssen, in welcher Tradition sie leben wollen. Diese Freiheit ist ein hohes Gut. Sie will genutzt werden, indem man in eine Tradition hineinwächst, sie einübt. Dies zu ermöglichen, ist zuerst und vor allem Aufgabe der Religions- und Weltanschauungs-gemeinschaften selbst. Doch das Berliner Schulgesetz unterstützt sie dabei, indem es einen konfessionellen, weltanschaulichen Unterricht nicht der Schulen, sondern an den Schulen ermöglicht. Dieses Angebot ist von höchster Bedeutung, weil es auch die Schüler erreicht, die mit ihren Familien nicht so eng in eine Konfession oder Welt-

anschauungsgemeinschaft eingebunden sind, dass sie deren interne Bildungsangebote nutzen würden. Es ist auch sehr sinnvoll, dass diese Form des konfessionell-weltanschaulichen Unterrichtes in den ersten sechs Schuljahren das einzige Angebot zu weltanschaulichen Fragen ist. Eltern haben die Wahl und sollen die Wahl haben, in welche Tradition und Identität ihre Kinder hineinwachsen sollen.

Der Ethikunterricht hat eine grundsätzlich andere Aufgabe. Sein Anliegen ist es, die Sprachlosigkeit zwischen den verschiedenen Kulturen und Weltanschauungen zu überwinden. Es geht darum, sich kennen zu lernen. Mehr noch: sich auch dann noch anzuerkennen und zu achten, auch dann noch miteinander zu sprechen, wenn die Anderen Ansichten haben, die man selbst nicht teilen will und kann. Das ist schwer. Aber billiger, einfacher ist eine plurale, demokratische Gesellschaft nicht zu haben. Dieses dem Ethikunterricht aufgetragene Lernen kann kein Weltanschauungs- oder Religionsunterricht leisten. Denn – um nur

ein Beispiel zu nennen – es bleibt etwas prinzipiell Anderes, ob ich als Christ mit Christen über den Islam und Muslime rede – oder ob ich mich auf das viel schwierigere Gespräch mit Muslimen einlasse. Und umgekehrt kann der Ethikunterricht nicht leisten, was Aufgabe des konfessionellen Unterrichtes ist. Er kann nicht authentisch in die Sprache einer bestimmten Weltanschauung einführen.

Die Forderung nach Wahlfreiheit bei diesem Bürgerbegehren ist also eine Irreführung, weil dabei eines von beidem in der Allgemeinbildung vorenthalten würde.

Josef Göbel

Ein Bischof wird Präsident Paraguay hofft auf Sozialreformen

Im Jahre 1608 gründeten die Jesuiten¹ in Paraguay die ersten Indianermissionen und es entstand für fast 150 Jahre im Siedlungsgebiet der Guarani-Indianer die sogenannte Jesuitenrepublik. In ihr hatten die Ureinwohner ein hohes Maß an Mitspracherecht und Selbstverwaltung?. Diese frühe Form von Demokratie wurde endgültig 1756 durch die portugiesische Kolonialverwaltung und ein Söldnerheer von Sklavenhändlern zerstört.

Das kleine, dünnbesiedelte Paraguay (7 Millionen Einwohner) erhielt wie die meisten lateinamerikanischen Länder seine staatliche Unabhängigkeit Anfang des 19. Jahrhunderts. Nach mehreren verlustreichen Kriegen mit seinen Nachbarn liegt es heute eingezwängt zwischen den Schwellenländern Brasilien und Argentinien und besitzt eine gemeinsame Grenze mit Bolivien. Seine Wirtschaft lebt hauptsächlich vom Verkauf landwirtschaftlicher Produkte und dem Transfer von aus Wasserkraft gewonnener Energie in die Nachbarländer.

Vierhundert Jahre nach Gründung der Jesuitenrepublik wählte das Volk von Paraguay im April diesen Jahres wiederum einen kirchlichen Würdenträger, den ehemaligen Bischof von San Pedro, der ärmsten und konfliktreichsten Region, zu ihrem Präsidenten. Das am 15. August in sein Amt

eingeführte neue Staatsoberhaupt Paraguays Fernando Lugo, der fließend guarani spricht, die Sprache der Mehrheit der armen Bevölkerung, studierte Religionswissenschaft und Soziologie mit Schwerpunkt auf die katholische Soziallehre in Rom. Der bedeutendste Theologe der Befreiung, der Brasilianer Leonardo Boff, schrieb über den neuen Amtsinhaber: „Es ist eine Ehre für die Kirche und für die Befreiungstheologie selbst, dass sie einen Akteur von solcher politischen und ethischen Intensität anzubieten hat, der dem Volk dienen kann, das historisch so viel gelitten hat...“.

Der Wahlsieg Fernando Lugos beendet die 61-jährige Regierungszeit der Colorado-Partei (Partei der Großgrundbesitzer und Unternehmer). Sie war es „die dafür sorgte, dass Paraguay weltweit einen Spitzenplatz auf der Korruptionsskala einnimmt, die Gedanken an Bodenreform oder Teilhabe an den Ressourcen des Landes immer als Bedrohung der eigenen Pfründe begriff und nicht davor zurückschreckte, den früheren Bischof Lugo im Wahlkampf als Antichristen zu bezeichnen, der Paraguay in die Hölle versenken würde“ (Auslandsradio „Deutsche Welle“, Oliver Pieper, Südamerika-Experte).

Fernando Lugos Wahlbündnis, welches 40,8 Prozent der Stimmen erreichte (bei



mehr als 60% Wahlbeteiligung) umfasste Parteien der liberal-bürgerlichen Mitte bis zur politischen Linken, sowie soziale Bewegungen der Eingeborenen (Indígenas) und Landarbeiter.

Mit diesem deutlichen Erfolg (die Kandidatin der Colorado-Partei erhielt lediglich 30,8%) regieren nun südlich des Panamakanals, mit Ausnahme Kolumbiens, ausschließlich linksgerichtete Präsidenten.

Der Kern des Regierungsprogramms von Fernando Lugo bildet eine dringend umzusetzende Agrarreform zugunsten von Kleinstbauern und Landlosen. Noch gehören 90 Prozent der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche fünf Prozent der Bevölkerung. Bereits im September begann der Dialog unter der Vermittlung des Präsidenten zwischen den (Groß-) Grundbesitzern und der Landlosenbewegung, um die ersten Schritte einer Neuverteilung von Grund und Boden in die Wege zu leiten.

Weitere Herausforderungen der Regierung Fernando Lugos werden der Aufbau einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung auch für die ärmste Bevölkerung und der Kampf gegen das Analphabetentum durch eine umfassende Schulreform sein. Trotz gewaltiger Süßwasserreserven

muss endlich in einigen Landesteilen damit begonnen werden die Bevölkerung ausreichend mit Trinkwasser zu versorgen. Neben diesen grundlegenden Reformen wird die neue Regierung schleunigst mit den ausländischen Energiekonzernen höhere Preise für den Export von Strom aus Wasserkraft verhandeln müssen, da die regierende Colorado-Partei dieses Volkvermögen jahrelang unter dem Weltmarktpreisniveau verhökerte.

Einem solchen Regierungsprogramm stehen mächtige Interessengruppen entgegen. Der paraguayische Soziologe Tomás Palau äußerte sich dazu in einem Interview: „Vier Machtgruppen lassen sich unterscheiden: die Multinationalen, gefördert von der nordamerikanischen Botschaft; die Lumpen-Unternehmer,³ die unter Stroessner beim Bau von Itaipú aufstiegen; die Viehzüchter-Oligarchie; und die Drogenhändler.“ Deshalb räumt Palau dem neuen Präsidenten wenig Spielraum für Reformen ein: „Lugo wird sich in einem Feld voller Anti-Personen-Minen bewegen müssen. Er muss sehr genau aufpassen, wohin er tritt und wann er weitergehen kann, ohne die Minen zu berühren, d.h. die Interessen dieser vier Gruppen zu

gefährden.“ (Deutschlandfunk 20.04.08) Die Befürchtungen vieler Paraguayer gehen weit darüber hinaus. Kurz nach dem Wahlsieg, so fürchteten sie „wird Fernando Lugo ermordet – die Tat wird dem früheren Armeechef und Drittplatzierten der Wahl, Lino Oviedo, in die Schuhe geschoben – und somit ist der Weg frei für Blanca Ovelar, die zweitplatzierte Kandidatin der Colorado-Partei. Das Ende der 61-jährigen Colorado-Herrschaft wäre dadurch nur von kurzer Dauer.“ („Deutsche Welle“, s.o.)

Klaus und Johannes Körner

Anmerkungen:

(1)katholischer Missionsorden mit besonderem Gehorsamsgelübte gegenüber dem Papst („Societas Jesu“, „Gesellschaft Jesu“)

(2)mehr im Film „The Mission“

(3)unter der Diktatur von General Stroessner (1954-89) zu Reichtum gekommenene Unternehmerschicht, die dank der Errichtung des Itaipú-Staudamms durch die Regierung enorme Gewinne erzielte und bis heute die Spitze der Colorado-Partei dominiert

Geschönte Arbeitslosenzahlen

Die Bundesagentur hat kreative Methoden entwickelt, die Arbeitslosen zu zählen. Ob Ein-Euro Jobber, alleinerziehende Mütter, Menschen die in Trainings - oder Fortbildungsmaßnahmen stecken – sie alle zählen nicht als arbeitslos. Zudem haben Arbeitslose, die mindestens 58 Jahre alt sind, im Rahmen der sog. 58er Regelung die Möglichkeit, weiterhin Arbeitslosengeld zu beziehen, ohne aber dem Arbeitsmarkt tatsächlich weiter zur Verfügung zu stehen und als arbeitslos gezählt zu werden. Wer von dieser Regelung Gebrauch macht, ist dann aber verpflichtet, zum frühestmöglichen Zeitpunkt in Rente zu gehen, ohne dann jedoch Abschläge bei der Rente befürchten zu müssen. Dies alles führt dazu, dass „von denen, die Arbeitslosengeld I oder II beziehen, die Bundesagentur für Arbeit nur 54 Prozent als arbeitslos registriert“, erklärt Paul M.

Schröder, Arbeitsmarktexperte am Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe.

Steigende Kinderarmut

Im Jahr 1965 wuchs in der BRD jedes 75. Kind in Armut auf. 40 Jahre später, im Jahre 2005, ist es bereits jedes 6. Kind – obwohl gleichzeitig der gesellschaftliche Reichtum Deutschlands enorm gewachsen ist. Die Predigt von der Allheilwirkung des Wirtschaftswachstums bleibt also ein Märchen, solange es nicht auch eine Verteilungsgerechtigkeit gibt.

Lohnnebenkosten

Für den Arbeitgeber sind Lohnnebenkosten, also die Beiträge zur Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung ein Teil des Lohns. Welcher Teil davon gesenkt

wird, kann vielen Arbeitgebern völlig egal sein – Hauptsache die Löhne werden gesenkt und sie müssen weniger zahlen. Häufig werden diese Kosten dann auf die Arbeitnehmer verlagert (Mehrwertsteuer, Riester Rente, Praxisgebühr). Die öffentliche Forderung nach Senkung der Lohnnebenkosten ist also nichts anderes als eine Senkung des Lohns.

Zitatverfälschung

Der iranische Präsident Ahmadinedschad hat nicht wörtlich die „Tilgung Israels von der Landkarte“ gefordert. Nach der Übersetzung des Sprachendienstes des Deutschen Bundestages sagte Ahmadinedschad: „Das Regime, das Jerusalem besetzt hält, muss aus den Annalen der Geschichte getilgt werden“. Für diese fehlerhafte Übersetzung entschuldigte sich nun Tagesschau.de auf ihrer Homepage.

Anzeige



»Aber das ist jetzt auf jeden Fall kein Marketingtrick, sondern ein Abschied, der vielleicht auch für die Ewigkeit ist.«

Interview mit der Band »Tiefenrausch«

Eine linke Jugendbewegung ohne Kultur ist undenkbar. Die Berliner Ska-Punk-Band »Tiefenrausch« ist seit Jahren deutschlandweit bekannt. Am 12. Dezember 2008 gaben sie jedoch im ausverkauften SO36 ihr Abschiedskonzert. Im Rahmen unserer Radiosendung Rotdorn-Radio, die im Offenen Kanal Berlin ausgestrahlt wurde, interviewten wir die Band. Wir hatten den Sänger Ludwig und den Keyboarder Kili im Studio zu Gast, um mit ihnen über ihre politischen Vorstellungen und die Band zu sprechen.

Rotdorn: Ihr bejubelt auf Eurem ersten gleichnamigen Album eine Roboterrevolution. Wie müsste eine Revolution aussehen, die ihr unterstützt?

Ludwig: Als erstes auf jeden Fall Freibier für den OKB (Offener Kanal Berlin).

Kili: Nein, im Ernst. Wenn in dem Lied von Herr und Frau Human die Rede ist, geht es um eine Herrschaftsform der Menschen über die Roboter, die dann ausbrechen, was sich auf viele gesellschaftliche Bereiche übertragen lässt.

Ludwig: Auf viele verschiedene Ebenen auch. Der Song ist hauptsächlich so zu verstehen, als dass er die Verteilung der Arbeit problematisiert. Ob es nun Maschinen sind, die sich mal eine Pause gönnen sollten oder dass Menschen durch Maschinen keine Jobs haben. Er soll einfach kleine Denkanstöße geben. Man kann es auch genau so verstehen, dass die Men-

schen die Roboter sind und mal eine Pause bräuchten.

Kili: Aktuell sieht man an dem Lidl-Skandal, der von Günther Wallraff aufgedeckt wurde, dass die Rechte von Arbeitnehmern mit Füßen getreten werden. Aber dass ist dann auch schon zu konkret interpretiert. Der Song steht für sich und jeder kann ihn ein wenig anders verstehen.

Rotdorn: Warum greift ihr überhaupt so ein Thema auf?

Ludwig: Das Thema Arbeit und Verteilung der Arbeit ist eigentlich eine ganz zentrale Frage, die sich immer wieder für jeden stellt, z.B. nach dem Studium.

Kili: Das wird ja auch in anderen Songs thematisiert und da noch direkter. Z.B. das Titelstück unserer zweiten CD „Heut ist alles so perfekt“, heißt „Das Kapital“.

Ludwig: Das Lied spricht stark die Situation der „Generation Praktikum“ an. Dass viele Firmen damit arbeiten, Praktikanten zu beschäftigen und diese kaum zu bezahlen. Es gibt jetzt eine wichtige Initiative von einigen Firmen, die sich zusammengeschlossen haben und sich einen „Stempel faires Praktikum“ geben. Jungen Menschen muss es leichter gemacht werden, nach einer guten Ausbildung auch einen guten Berufseinstieg zu bekommen oder jedenfalls einen passablen.

Rotdorn: Ihr rockt mittlerweile über 11 Jahre durch Deutschland und seid über die Grenzen Berlins hinaus bekannt geworden. Worauf führt ihr Euren Erfolg zurück?

Kili: Es ist einfach Konzertmusik in erster Linie. Es ist einfach die Stimmung bei Kon-

zerten, weil wir eine wahnsinnige Energie durch das Publikum bekommen und wenn es gut läuft, diese auch entsprechend weitergeben können. Das macht einfach wahnsinnig viel Spaß. Da braucht man die Nähe zum Publikum. Ich mag das überhaupt nicht, wenn da ein Bühnengraben ist und das Publikum am besten gar nicht angesprochen wird. Da fehlt dann einfach was. Man braucht die unbedingte Nähe. Am Anfang waren es die kleinen Clubs, wo der Schweiß von der Decke tropfte und die Orgel unter Strom setzte und ähnliches.

Ludwig: Wir waren unheimlich viel unterwegs und haben fast jedes Wochenende gespielt. Mal in größeren oder kleineren Clubs oder auf politischen Festivals. Erst letzte Woche hatten wir 2 Konzerte in der Richtung. Wir haben in Königswusterhausen ein Open-air-Konzert gegeben, was sich gegen die rechte Gesinnung und die NPD richtete. Dass dies nötig ist, zeigten Übergriffe, zu denen es dort tatsächlich kam. So wurde uns erzählt, dass die Antifa stark am Aufbau der Bühne gehindert wurde. Bei solchen Sachen sind wir da, weil es einfach wichtig ist Leute zusammenzubringen.

Kili: Das hat man ja weit verbreitet, ohne dass wir uns da in eine Reihe stellen wollen, aber dass hat man auch bei latein-amerikanischer Musik, wie z.B. Manu Chao. Die bringen richtig heftige Themen auf's Trapez, unterlegen diese aber mit unglaublich fröhlicher Musik. Die Musik stellt den Gegenpol zu den Themen dar, die direkt angesprochen werden. Das liefert eine unheimliche Energie und bringt viel Freude.

Ludwig: Das zweite Konzert in der letzten Woche war aus Anlass des Welt-Suizidprä-



Kili und Ludwig im Studio beim Rotdornradio

ventionstages. Da wurde die fröhliche Ska-Musik praktisch dazu eingesetzt, die weite Verbreitung von Depressionen in den Mittelpunkt zu stellen.

Rotdorn: Kommen wir auf ein betrüblicheres Thema zu sprechen. Wir kommen nicht darum herum zu fragen, warum ihr am 12. Dezember 2008 euer Abschiedskonzert gegeben habt, warum ihr euch auflöst?

Kili: Das hat sich einfach über die Zeit ergeben. Das ist ein Auseinandergehen absolut im Guten. Wir gehen auch nicht wirklich auseinander. Wir sind ohnehin alle eng miteinander befreundet und werden auch weiterhin Musik zusammen machen. Es ist einfach nur, dass es viele Bläserwechsel gab und dass unser langjähriger Gitarrist aufgehört hat. Das hat alles dazu geführt, dass wir immer wieder mit neuen Leuten proben mussten und die ganze Sache festgefahren wurde. Wenn man jemand Neues einspielt, muss man immer wieder die gleichen Songs proben und kommt nicht wirklich dazu neue Sachen zu entwickeln. Wir brauchen wirklich einfach mal eine Schaffenspause, um auf neue Gedanken zu kommen.

Ludwig: Wir haben da auch noch ein anderes Projekt, was allerdings in viel kleinerem Rahmen aktiv ist, das „Labor“. Dort können wir uns insofern verwirklichen, als dass nicht jeder einen festen Punkt hat, an dem er spielt und alles genau arrangiert ist. Beim Labor haben wir die Möglichkeit als Freundeskreis diese ganze Struktur aufzuweichen. Mal singt der eine, mal der andere. Dann spielt eine kleine Besetzung, dann sind auf einmal wieder 16 Leute auf der Bühne. Dass ist im Moment eine andere Art für uns sich musikalisch zu verwirklichen und ein Kreativitätspool. Wie das in Zukunft weitergehen wird, oder ob wir wirklich komplett den Abschied gefeiert haben oder das irgendwann als Schaffenspause betrachten, dass kann man jetzt noch gar nicht sagen. Aber das ist jetzt auf jeden Fall kein Marketingtrick, sondern ein Abschied, der vielleicht auch für die Ewigkeit ist.

Rotdorn: Ob ihr Euch in eine Pause verabschiedet oder auch in eine längere Pause, bleibt also abzuwarten?

Ludwig: Ja genau. Aber wir sehen es jetzt schon als ein Abschied an.

Kili: Das definitiv. Ja.

Rotdorn: Wie habt ihr Euer Abschiedskonzert empfunden?

Es war ein Konzert der ganz besonderen Art: Das S036 war komplett ausverkauft - eine unglaubliche Stimmung! Schön dabei, dass es ein fröhliches Konzert war - fast als wäre es kein Abschied. Alles ging, ohne dass es von der einen oder der anderen Seite nötig war, auf die Tränendrüsen zu drücken. Das Publikum hat uns in Bestform erlebt und vice versa. Wie die alten Griechen sagten: Es ist am schönsten auf dem Höhepunkt zu sterben. Wir selbst sind gespannt, ob unser Abschied wirklich endgültig sein wird? Wir werden vermutlich noch eine Doppel-CD des letzten Konzertes in stark limitierter Auflage veröffentlichen. Interessenten sollten sich deshalb in unseren Newsletter unter www.tiefenrausch-ska.de eintragen, um auf dem Laufenden zu bleiben ...

Das Interview ist vollständig im Radioarchiv auf unserer Homepage www.rotdorn.org als .mp3-File zu hören.



Abschlusskonzert im S036

Anzeige

Aktuelles Jugendseminar:

Samstag, 31. Januar 2009, 10:00 bis 17:00 Uhr in Berlin
Geschichte und Geschichtspolitik: 1945-89
DDR und BRD, zwei Entwicklungswege im Vergleich

Das Jahr der Jahrestage beginnt, und weiter laufen die Auseinandersetzungen um den Platz der beiden deutschen Staaten in der Geschichte. Oft genug wird dabei die DDR verkürzt auf »Diktatur«, »Mauer« und »soziale Sicherheit«, aus der alten Bundesrepublik werden kaum mehr als »Wirtschaftswunder« und »Achtundsechziger« erwähnt. Die DDR ist der Sonderfall, die BRD das Unbezwefelte.

Wer sich mit solchen Verkürzungen nicht zufrieden gibt, findet viel Interessantes: Entwicklung und Veränderung, Biografien, Gesellschaftsentwürfe, soziale Kämpfe ... Und je intensiver die Beschäftigung mit dieser Geschichte wird, desto mehr treten politische Fragen in den Vordergrund: An welchen Entwürfen orientierten sich die beiden Gesellschaften? In welchen Kämpfen veränderten sie sich? Wie lebten darin Menschen ihr Leben, mit welchen Gestaltungsspielräumen, welchen Hoffnungen und Enttäuschungen?

Statt Geschichte auf eine Aneinanderreihung von Ereignissen zu verkürzen, geht es in diesem Seminar um Prozesse, Vergleiche und gesammelte Erfahrungen. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen sich nicht nur in geschichtspolitischen Debatten bewähren, sondern auch bei der Entwicklung von Perspektiven für eine gerechte Gesellschaft.

Team: Janek Niggemann, Nancy Wagenknecht

Gemeinsam mit dem JugendbildungsNetzwerk bei der RLS
Teilnahmegebühr: 5 Euro (inkl. Mittagessen)

Helle Panke
KOPPEL BAURE

Kopenhagener Str. 9
10437 Berlin

fon: (030) 47 53 87 24

fax: (030) 47 37 87 75

Zur Förderung von Politik,
Bildung und Kultur e.V.

e-mail: info@helle-panke.de

web: www.helle-panke.de



Sozialabbau spaltet die Gesellschaft

10 Jahre sozialdemokratische Lobbypolitik für's Kapital

Am 1. September 2008 begrüßte der sozialdemokratische Finanzminister Peer Steinbrück die Fusion zwischen der Dresdner und der Commerzbank, ohne ein Wort über den Abbau von mehr als 9000 Arbeitsplätzen zu verlieren.

Dieser Tunnelblick allein auf die Kapitalinteressen, ist nicht nur Steinbrück eigen, sondern zeichnet auch andere führende Sozialdemokraten wie Clement, Müntefering und Steinmeier aus. Er prägte auch die Sozial-, Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik der letzten zehn Jahre sozialdemokratischer Regierungsarbeit.

Armut in Deutschland

„Zwischen 1998 und 2005 stieg der Anteil der Armen in der Bevölkerung von 12 auf 18 Prozent.“ So heißt es in dem im Mai 2008 von der Bundesregierung veröffentlichten „Dritten Armuts- und Reichtumsbericht“. In allen drei Berichten wird beklagt, dass die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland immer weiter auseinander geht. Gegenwärtig gilt jeder zweite Arbeitslose und jede dritte Alleinerziehende als arm. Während auf der einen Seite mehr als 2,5 Millionen Kinder gegenwärtig Sozialhilfe erhalten, transferieren Spitzenmanager deutscher Unternehmen ihren Überfluss an der Steuer vorbei in die Schweiz und nach Liechtenstein. „Arm zu sein unter Armen, das kann man ertragen“, heißt es in einem Brief an den Münchner Oberbürgermeister Christian Ude, „arm zu sein unter protzenhaftem Reichtum, das ist unerträglich.“

„Während im Jahr 2005 noch diejenigen

als arm galten, die weniger als 938 Euro netto im Monat zur Verfügung hatten, beginnt die Armut heute erst unter 781 Euro. Das liegt daran, dass das Durchschnittseinkommen gesunken ist...“ (Heribert Prantl, Süddeutsche Zeitung vom 20.05.08) Zieht man die Inflationsrate ab, sind die Realeinkommen von Arbeitnehmern in den letzten 15 Jahren nicht gestiegen, im Gegenteil der untere Lohnbereich weist einen Realeinkommensverlust von 14% aus. Die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne würde dieser Entwicklung entgegensteuern.

In Europa bilden fünfzig Prozent des Durchschnittseinkommens die Armutsgrenze. Nach dem Soziologen Heinz Bude konnte man die Gesellschaft schon in den neunziger Jahren in folgende Gruppen einteilen: Etwa 40 Prozent lebten in der sogenannten Zone der Sicherheit (über dem Durchschnittseinkommen), 20 Prozent in der Zone der nicht ganz so sicheren, die jedoch ihr knappes Auskommen haben (über 75% vom Durchschnittseinkommen), 25 Prozent am Rande des Existenzminimums (über 50% vom Durchschnittseinkommen) und 10 Prozent in verfestigter Armut (unter 50% vom Durchschnittseinkommen). „Bei Männern, die als ‚einfache Arbeiter‘ im bloßen Lohnarbeitsverhältnis, und bei Frauen, die als angelernte Dienstleistungskräfte tätig sind, ist die Gefahr am höchsten, in Verhältnissen der Armut stecken zu bleiben.“⁽¹⁾ Aber seit 1985 wächst auch die Zahl von Facharbeitern und kleinen Selbstständigen, die durch ihre Lebensumstände ebenfalls in die verfestigte Armut gedrängt werden. „Das ‚Abgehängte Prekariat‘⁽²⁾ besteht zu einem nicht geringen Teil aus ‚arbeitenden Armen‘, die trotz Vielfachjobs und Zusatzbeschäftigung auf keinen grünen Zweig

kommen, mehrheitlich aber aus still gestellten Dauerarbeitslosen, die die Hoffnung auf eine reguläre Beschäftigung aufgegeben haben.“⁽³⁾ Gleichermaßen rutschen viele der Alleinerziehenden, Kinderreichen, Kleinstrentner, chronisch Kranken und Behinderten in die Armut. Heinz Bude nennt all diese in seinem Buch die „Ausgeschlossenen“, weil ihnen durch ihre Armut die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verwehrt wird. In einem der reichsten Länder der Welt müsste darum die Bekämpfung der Armut und die Wiedereinsetzung aller Bürger in ihre Teilhabeberechte an erster Stelle der politischen Agenda stehen.

Hartz IV

Seit der Einführung des Arbeitslosengeldes II (ALG II) und der gleichzeitigen Abschaffung der Arbeitslosenhilfe⁽⁴⁾ am 1.1.2005 durch die SPD-geführte Regierung hat der gesellschaftliche Abstieg der unteren Mittelschicht in die verfestigte Armut begonnen. Auch die Hilfe zum laufenden Lebensunterhalt und andere Leistungen der Sozialhilfe (Kleidergeld, etc.) wurden ebenfalls im Arbeitslosengeld II als eine pauschale Leistung zusammengefasst. Damit wurde sogar noch der geringe Lebensstandard der Sozialhilfeempfänger beschnitten. Von vielen in die Sozialarbeit eingebundenen Experten wurde die Berechnung der pauschalen Leistung des ALG II und der sogenannten Grundsicherung kritisiert.⁽⁵⁾ Sie fordern eine Erhöhung der Pauschale um mindestens 20 Prozent. Neben der jährlichen Dynamisierung der Pauschale (Ausgleich der Inflationsrate) verlangen sie eine realistische Berechnung tatsächlicher Bedarfe

anstatt wie gegenwärtig praktiziert statistische Werte veralteter Lebenshaltungskosten aus dem Jahr 1998 zugrunde zu legen. Manche notwendigen Bedarfe wie z.B. Windeln für Säuglinge, Schulmaterial für Schüler sind überhaupt nicht berücksichtigt worden.

Trotz der von SPD und CDU in ihren Sonntagsreden vollmundig in Aussicht gestellten Vollbeschäftigung muss sich die Gesellschaft auf eine Dauererwerbslosigkeit von etwa 5 bis 7 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung einstellen, da durch die Automatisierung, neue Informationstechnik und computergesteuerte industrielle Fertigung immer mehr Arbeitsplätze überflüssig werden. Deshalb brauchen wir dringend ein tatsächlich bedarfsdeckendes Grundeinkommen als soziale Transferleistung.

Amerikanisierung des Sozialsystems

„Wir halten uns für reicher, als wir sind. Der Niedriglohnsektor im Land hat längst Ausmaße wie in Amerika“, gibt sogar der sozialdemokratische Arbeitsminister Olaf Scholz zu. „Vor allem hat sich inzwischen herumgesprochen, dass Armut nicht allein ein materielles Problem ist, sondern einen Mangel an Lebenschancen bedeutet. Acht Prozent eines Jahrgangs verlassen laut dem ebenfalls gerade erschienenen Bildungsbericht der Regierung die Schule ohne Abschluss, jeder fünfte 15-jährige kapituliert vor einfachen Lese- oder Mathematikaufgaben, zwei Jahre nach Schulende hat nicht einmal jeder zweite Hauptschüler eine Lehrstelle gefunden – obwohl die Wirtschaft längst über Lehrlingsmangel klagt.“ (DIE ZEIT Nr.27/08)

Während sich einerseits immer mehr private Schulen gründen, bestimmen andererseits hohe Schülerzahlen pro Klasse, renovierungsbedürftige Schulräume und mangelnde technische Ausstattung das Bild der öffentlichen Schulen.

Facharbeitern, Ingenieuren und Angestellten, dem unteren Mittelstand, ist das Vertrauen in das Soziale verlorengegangen. Trotz einer Arbeitslosigkeit, die so niedrig wie zuletzt vor siebzehn Jahren ist, herrscht Angst vor dem sozialen Absturz. Denn die Arbeitswelt hat sich in den letzten Jahren grundlegend verändert. „Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten stieg von 1994 bis 2005 von 6,5 auf 12,5 Millionen. Die Zahl befristeter Jobs wuchs von 1,9 auf 2,7 Millionen. Und der Anteil von Beschäftigten mit mehreren Berufen ist in Deutschland mittlerweile höher als in den Vereinigten Staaten.“ (DIE ZEIT Nr.27/08) Die massive Ausdehnung des Leiharbeitssektors führt dazu, dass immer mehr Ar-

beitnehmer unter Tarif entlohnt werden. Mehr als eine Million Menschen in Deutschland stehen täglich Schlange bei den „Tafeln“, um kostenlos Lebensmittel zu erhalten. Sie sind zu arm um diese selbst einzukaufen. Immer häufiger sieht man in den Großstädten alte Menschen in Müllcontainern nach Essbarem oder Pfandflaschen suchen. Chronisch Kranke bekommen dringend benötigte Medikamente, Hilfs- und Heilmittel nicht, weil sie die enormen Zuzahlungen nicht aufbringen können oder die Krankenkassen diese nicht mehr bezahlt. Klassenlehrer sammeln Spendengelder, um für ihre bedürftigen Schüler das Schulessen zu finanzieren. „Von 60 Kindern an unserer Schule leiden 17 regelmäßig an Hunger“, sagt Birgitta Kochansky, die Leiterin der zum Schulzentrum gehörenden Sonderschule in der Kleinstadt Reinfeld bei Hamburg. (DIE ZEIT Nr.27/08) „Die kommen ohne Frühstück in den Unterricht, haben kein Pausenbrot und können das Essen in der Mensa nicht bezahlen... Arme Kinder gab es auch früher“, sagte die Pädagogin, „aber es sind mehr geworden.“

Klaus und Johannes Körner

(1) Heinz Bude, „Die Ausgeschlossenen“, München 2008, S.39-40

(2) Prekariat ist ein Begriff aus der Soziologie und definiert „ungeschützte Arbeitende und Arbeitslose“ als eine neue soziale Gruppierung

(3) Heinz Bude, ebenda S.48

(4) im Gegensatz zum ALG II (pauschale Leistung von 351 Euro plus Miete und Heizung) betrug die Arbeits-

Anzeige

Antifaschistisches Blatt
info

Nr.80 | Herbst 2008



Männlichkeit und Gewalt
Kernelemente rechter Identität

Kostenloses Probeexemplar:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: mail@antifainfoblatt.de
web: www.antifainfoblatt.de

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

loshilfe 53-57% des letzten Nettoeinkommens und wurde zeitlich unbegrenzt gezahlt

(5) siehe u.a. die Expertise zur Neufestsetzung des Regelsatzes 2006 des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes



Clowns-Army - Luxus für Alle Aktion

- Feminismus -

Ist das Patriarchat heute ein Mythos?

„Wir leben inzwischen in einer Kultur, in der nichts Schlechtes über Frauen gesagt werden darf und nichts Gutes über Männer. Frauenfeindlichkeit endet vor Gericht, Männerfeindlichkeit auf einem Autoaufkleber.“

AMICA-Redakteurin Meike Winnemuth

Das vermeintliche Patriarchat ist die Legitimationsgrundlage der feministischen Bewegung in Deutschland. Ich behaupte, die These Männer würden alle gesellschaftlich wichtigen Entscheidungen treffen und alles Schlechte was Frauen in ihrem Leben widerfahre, habe ein Mann als Ursache, ist ein Mythos. Allein die Tatsache, dass auch Männer gegenüber Frauen in Deutschland in vielerlei Hinsicht benachteiligt werden, widerspricht der These vom Patriarchat. Selbstverständlich werden Frauen, z.B. bei der beruflichen Bezahlung, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder dem Schönheitswahn, benachteiligt. Da diese Benachteiligungen jedoch oft und häufig thematisiert werden, geht es im folgenden darum, dem Tabu der Männerbenachteiligung zu Leibe zu rücken, um so eine Diskussion über echte Gleichberechtigung zu eröffnen.

Benachteiligung in der Schule

Anfang 2008 hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) eine Studie mit dem Thema „Bildungs(miss)erfolge von Jungen“ herausgebracht. In dieser Studie wird eine systematische Benachteiligung von Jungen in der Schule deutlich. Je geringer qualifizierend die Schulform ist, desto höher sei der Anteil an Jungen, ca. jeder zehnte bleibe ohne Schulabschluss. Jungen erhalten zudem generell nicht nur seltener eine Gymnasialempfehlung als Mädchen, sondern werden auch bei gleichen Noten seltener von den Lehrkräften für gymnasialgeeignet angesehen als Mädchen. Außerdem erhalten Jungen in allen Fächern auch bei gleichen Kompetenzen schlechtere Noten als Mädchen. Auch die PISA-Studie

von 2006 bestätigte, dass der Anteil der Mädchen an den besser abschneidenden Schulen, sprich Gymnasien, in den meisten untersuchten Ländern höher ist, als der Anteil der Jungen. Obwohl diese Mißstände der Politik seit langem bekannt sind, fördert das Bildungsministerium im Rahmen seiner geschlechtersensiblen Förderung ausschließlich Frauen- und Mädchenförderprojekte, aber kein einziges Jungenförderprojekt.

Frauen sind Opfer, Männer sind Täter?

»Eine hat es getan. Jetzt könnte es jede tun. Der Damm ist gebrochen, Gewalt ist für Frauen kein Tabu mehr. Es kann zurückgeschlagen werden. Oder gestochen.“

-Kommentar von Alice Schwarzer, als Lorena Bobbit ihrem schlafenden Mann das Glied abgetrennt hatte-

Diese Einstellung scheint in den westlichen Industrienationen - vor allem durch den Siegeszug feministischer Ideologie in Medien, Gesellschaft und Politik - zu einem Glaubenssatz geworden zu sein. Fakten (wie z.B. tägliche Nachrichten), wissenschaftliche Studien und subjektive Erfahrungen von Männern, die Frauen genauso als Täter ausweisen können wie Männer, werden von Menschen, die an diesen Glaubenssatz festhalten einfach ignoriert. Dabei gibt es mittlerweile eine Fülle von Fakten, die dieses Modell Frau=Opfer und Mann=Täter als konstruierten Sexismus bloßstellen. Das allseits verwendete Schlagwort der „Männergewalt“ ist schlichtweg diskriminierend, denn ein Großteil der Männer sind friedlich und eben nicht gewalttätig. In der ersten (und bisher einzigen) „Gewalt gegen Männer-Studie“ die vom Bundesfamilienministerium im Sommer 2004 herausgebracht wurde, wird deutlich, dass Männer sehr wohl auch Opfer sein können. Drei von fünf Männern haben demnach in ihrer Jugend körperliche sowie psychische Gewalt erfahren. Jeder achte Mann erlebe auf seinem Arbeitsplatz psychische Gewalt in Form von Beleidigungen, Einschüchterungen oder Mobbing. Auch erfuhr jeder vierte Mann schon Formen körperlicher

Gewalt von seiner Partnerin. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass das Wissen sowie ein öffentliches Bewusstsein für Gewalt gegen Männer gänzlich fehlt bzw. tabuisiert sei.

Häusliche Gewalt ist männlich UND weiblich

Entgegen vieler internationaler Studien und wissenschaftlicher Untersuchungen, wird in Deutschland immer noch behauptet, dass häusliche Gewalt ein rein männliches Phänomen wäre. Schon in den 80er Jahren veröffentlichte der amerikanische Soziologe Murray Straus eine vergleichende Untersuchung zur weiblichen Täterschaft im häuslichen Bereich. Das Ergebnis: 11,6 Prozent der Frauen und 12 Prozent der Männer gaben an, in der Beziehung unter körperlicher Gewalt des Partners zu leiden. Mittlerweile gibt es insgesamt 95 wissenschaftliche Forschungsberichte, 79 empirische Studien und 16 vergleichende Analysen in kriminologischen, soziologischen, psychologischen und medizinischen Fachzeitschriften aus aller Welt, die beweisen, dass häusliche Gewalt zu gleichen Teilen von Männern und Frauen begangen wird. In der Fachwelt gibt es indessen Zweifel mehr dafür, dass die Behauptung „häusliche Gewalt ist männlich“ empirisch widerlegt ist. Weder Öffentlichkeit noch Politik nehmen dies jedoch zur Kenntnis. Die festgefahrene Ideologie, der Glaube daran, dass häusliche Gewalt männlich sei ist stärker als die tatsächlichen Fakten.

Benachteiligung im Gesundheitswesen

Laut dem Statistischen Bundesamt beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung von Frauen in Deutschland 82,1 Jahre und bei Männern nur 76,6 Jahre. Auch wenn häufig versucht wird, diese Tatsache auf rein genetische Ursachen zu reduzieren, so kann nicht geleugnet werden, dass die Lebensumstände und die medizinische Forschung entscheidend zur Lebenserwartung beitragen. Die Lebenserwartung einer Gruppe wird häufig als Indikator für ihre gesellschaftliche Stellung be-



Titelblatt einer US-amerikanischen Frauenzeitschrift

trachtet. So sterben Schwarze in den USA sechs Jahre früher als Weiße und ist hierzulande die Lebenserwartung eines Universitätsprofessors rund neun Jahre höher als die eines ungelerten Arbeiters. Obwohl die Wahrscheinlichkeit für eine Frau, an Brustkrebs zu sterben, nicht nennenswert höher liegt als die Wahrscheinlichkeit für einen Mann, an Prostatakrebs zu sterben, wurde als einziges geschlechtsspezifisches nationales Gesundheitsziel vom Bundesministerium für Gesundheit die Bekämpfung von Brustkrebs formuliert. So verwundert es auch nicht, dass den zwölf Brustkrebszentren in Deutschland kein einziges Prostatakrebszentrum gegenüber steht. Weiterhin wird in der medizinischen Forschung der Fokus vor allem auf das weibliche Geschlecht gelegt. Auch Depressionen werden bei Männern selten erkannt oder ignoriert, da die entsprechenden Diagnose- und Klassifikationssysteme vornehmlich auf Frauen zugeschnitten sind.

Scheidung und Sorgerecht

Jedes fünfte Kind in Deutschland ist ein Trennungskind. Inzwischen werden zwei Drittel aller Scheidungen von Frauen ein-

gereicht. Frauen kommen, nach geltendem Scheidungs-, Sorge- und Unterhaltsrecht in Deutschland, i.d.R. nach einer Scheidung auch besser weg, als die Männer. In der Regel verliert ein Mann einen großen Teil seines Einkommens sowie seine Kinder. Zahlen darf er aber weiterhin. In nur 5% aller Scheidungsfälle wurde den Männern Sorge- und Wohnrecht zugesprochen. Gleichzeitig müssen sich viele Männer nach einer Scheidung mit erhöhten Auflagen, der Verweigerung des Besuchsrechts oder gar mit Kontaktverboten zu ihren Kindern auseinandersetzen. Frauen werden direkt nach der Geburt des Kindes gefragt, ob sie das Sorgerecht mit dem Vater teilen möchten oder nicht. In den meisten Fällen wird dies verneint. Männer bzw. die Väter werden erst gar nicht gefragt und per Gesetz hierbei entmündigt. Mittlerweile gibt es in Deutschland 2 Millionen verantwortungsbewusste Väter, denen von der Mutter oder dem Gericht verboten wurde, ihre Kinder zu sehen. Die Hauptleidtragenden sind hierbei die Kinder, welche oftmals im Scheide- oder Sorgerechtskrieg zwischen den Fronten zerrieben werden. Wo bleibt die öffentliche Diskussion über das völlig einseitige Sorgerecht in Deutschland?

„Männer sind Schweine“ sangen die Ärzte und landeten damit im Jahre 1998 prompt auf Platz 1 der deutschen Single-Charts. Was würde wohl passieren, wenn die Ärzte auf einmal „Frauen sind Säue“ singen würden? 2004 veröffentlichte Tommy Jaud einen Bestseller mit dem Titel „Vollidiot“, indem es um einen männlichen Verlierertypen ging. Wäre es immer noch ein Bestseller, wenn das Buch „Vollidiotin“ hieß und es um eine weibliche Verliererin ginge?

Weiterführendes zum Thema:

*<http://genderama.blogspot.com>

*<http://www.pappa.com>

by epikur



www.zeitgeistlos.de

Sie werden erfasst – mit der neuen Steueridentifikationsnummer!

Seit dem 1. Januar 2009 werden die neuen sogenannten »Steueridentifikationsnummern« (Steuer-ID) verschickt. Bis zum Ende 2008 erhalten alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland ein Schreiben mit ihrer persönlichen 11stelligen Steuer-ID. Diese Nummer gilt künftig nicht nur ein Leben lang, sondern sogar 20 Jahre über den Tod hinaus. Das ist ein rechtlich umstrittenes, aber vor allem sehr gefährliches Personenkennzeichen. Wobei sogar zu befürchten ist, dass diese Nummer im elektronischen Personalausweis übernommen wird. Bereits jetzt wird von Datenschützern die zentrale Zusammenführung dieser Datenströme unter der zentralen Steuer-ID befürchtet.

Unter der Steuer-ID werden alle möglichen Informationen über Sie künftig nicht nur bei Finanzämtern, sondern auch bei anderen Behörden und Einrichtungen gespeichert und verwendet werden. Es gibt seit langem umfangreiche Proteste von Datenschützern, Parteien etc. quer durch alle weltanschaulichen und politischen Lager. Dennoch wird die sogenannte »Steuer-ID« jetzt verschickt und ihre Anwendung gestartet.

Wehren Sie sich! Unter den folgenden Web-Adressen erfahren Sie mehr über die Steuernummer und wie Sie sich dagegen wehren können:

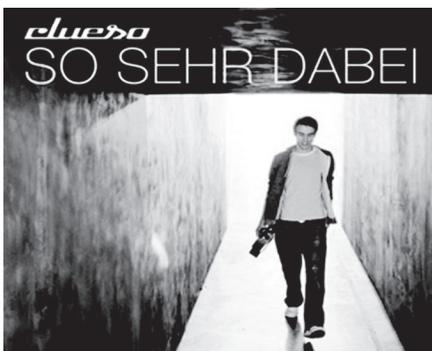
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag/php?id=12829> | <http://www.humanistische-union.de/>

Axel Köhler-Schnura

CD-Tipp: Clueso - So sehr dabei

Auf dem vierten Studioalbum des Ausnahmetalents Clueso aus Erfurt vollzieht dieser die Wandlung vollständig, in der er sich seit seinem ersten Album befand. Während sein Debüt „Text und Ton“ noch durch HipHop geprägt war, beweist er auf diesem Album seine Fertigkeiten als Singer und Songwriter. Er spielt mit den Worten, setzt die Sätze neu zusammen, wodurch die Intensität seiner Texte erst deutlich wird. Besonders gelungen ist ihm das bei „Gewinner“, einem Lied, das von dem Ende einer Beziehung handelt und durch die unterschiedliche Verwendung identischer Worte erst den Verlust plastisch gestaltet. Neben eher ruhigen Stücken wie „Barfuss“ oder „Schreibe dir“, verweist er auch auf seine Wurzeln mit dem Song „So sein wie du“, das sehr eng an seinen ersten Hit „Spiel da nich mit“ angelehnt ist. Dieses Album beweist, dass es sich hier um einen Künstler und nicht um eine Eintagsfliege handelt, der durch „Keinen Zentimeter“ den endgültigen Durchbruch schaffte. Hoffen wir, dass er auch in den nächsten Jahren noch genügend Atem besitzen wird, um uns weiterhin mit solch verspielten Texten zum Mitsingen zu verführen.

STEPHAN

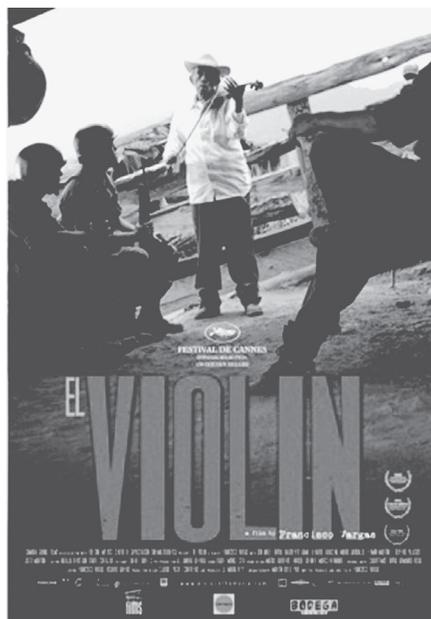


El violín – der Geiger

Der lateinamerikanische Film erzählt die Geschichte eines mutigen, alten Geigers in Mexiko. Don Plutarco ist der älteste in der Geigerfamilie der Hidalgos, welche Musiker und Rebellen gegen das Militärregime in Mexiko zugleich sind. Um Munition aus einem Militärfort zu schmuggeln spielt er dem dortigen Hauptmann jeden Tag auf seiner Geige vor. Dieser ist von Don Plutarcos Musik begeistert und möchte selbst Geige spielen lernen. Beide kommen aus ärmlichen Verhältnissen, stehen sich hier jedoch als Feinde gegenüber.

Der Film zeigt auf beeindruckende Weise, dass Widerstand keine Frage von Waffengewalt, Muskeln oder einer Armee ist, sondern vielmehr eine Frage des Glaubens und des Willens. Denn wenn der alte, gebrechlich wirkende – jedoch mit beeindruckenden Charakterfalten ausgestattete – Don Plutarco dem Hauptmann gegenübertritt und sagt, dass die „Musik zuende sei“, ist das Widerstand in höchster Form. Es ist ein ruhiger, jedoch ungemütlicher Film für alle die der Auffassung sind: „man könne ja doch nichts tun“. Ein zeitloser, poetisch anmutender Film gehalten in schwarz/weiß über Musik, Widerstand und die „echten Menschen“. Nicht umsonst hat er über 20 internationale Preise gewonnen. „El violín“ aus dem Jahre 2006 von Francisco Vargas ist seit dem 31. Juli 2008 in Deutschland in spanisch mit deutschen Untertiteln erhältlich.

By epikur



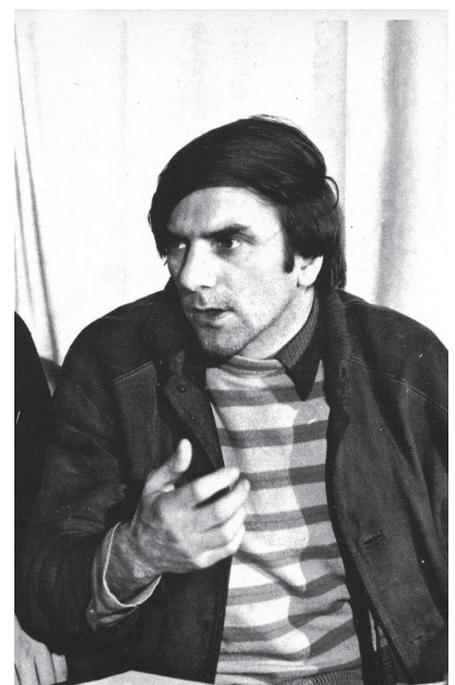
„Wir hatten ein barbarisches, schönes Leben“ von Gretchen Dutschke

Diese Biografie über das Leben von Rudi Dutschke, die von seiner Frau verfasst wurde, beschäftigt sich mit dem realen Menschen, der hinter dem Mythos um sein Wesen verdeckt wird. So wird die Jugend von Rudi Dutschke geschildert und dessen erste Probleme in der DDR auf Grund seines divergierenden Ideals vom Sozialismus zur damals herrschenden Vorstellung. Dies führte auch zur Umsiedlung nach Westberlin, wo er sich an der FU einschrieb und dem SDS beitrug, der als der Beginn seiner politischen Karriere diente. Durch die Schilderungen des öffentlichen als auch des privaten Lebens von

Rudi Dutschke schafft Gretchen Dutschke es, ein vollständiges Bild dieses Menschen zu entwickeln als auch seinen politischen Werdegang darzulegen. Dadurch wird auch deutlich, dass '68 keine spontane Erscheinung war, sondern diese Studentenproteste eine notwendige Folge einer langjährigen Arbeit war, die durch die Zerrissenheit der Linken schließlich scheitern musste. Besonders eindringlich geschildert ist das Leben der Dutschkes nach dem Attentat von Josef Bachmann auf Rudi. Intensiv schildert Gretchen Dutschke die Furcht, die sie zum ersten Mal empfanden und die langsame Genesung von Rudi. Dies behinderte jedoch nicht ihr nomadenhaftes Dasein, dass sie über Großbritannien nach Dänemark bis zurück in die BRD führte, wobei sie sich stets unter Kontrolle der Stasi befanden. Gretchen Dutschke erschafft ein reales Abbild der politischen Verhältnisse in der BRD und die dagegen gerichteten Proteste, die von den Studenten sowie später auch von den Ökologen getragen wurden, mit denen Rudi Dutschke kooperierte. Durch den Einsatz von teilweise unbekanntem Originaltexten von Rudi Dutschke wird dieser Mensch in seinen unterschiedlichen Facetten für den Rezipienten deutlich. Dies ermöglicht auch ein Verständnis für das politische Ideal Rudi Dutschkes, dass sich stets weiterentwickelte bis er schließlich den Folgen des Attentats von Josef Bachmann am 24. Dezember 1979 erlag.

Das Buch von Gretchen Dutschke ist beim Kiepenheuer und Witsch-Verlag 2006 erschienen und kostet ca. 10 Euro.

STEPHAN



Ziel der Haushaltskonsolidierung darf nicht aufgegeben werden!

Von einem Kommunalpolitiker der Berliner FDP kam vor kurzem ein Vorschlag, den die Rotdornredaktion grundlegend unterstützt und weiterentwickelt hat. Der FDP-Politiker Henner Schmidt hatte in einem Antrag an das Kommunalparlament BVV-Berlin-Mitte vorgeschlagen, Hartz 4-Empfängern pro erschlagene Ratte einen Euro zu zahlen. In vorweihnachtlicher Sozialromantik wird er mit den Worten zitiert: „Vor allem Leute, die sonst auch Flaschen sammeln, könnten dann für jede Ratte einen Euro bekommen.“

Wo lebt dieser Mann? Berlin muss seinen Haushalt konsolidieren! So sympathisch, innovativ und einsichtig dieser Vorschlag ist, halten wir das Kopfgeld pro erschlagene Ratte für zu hoch dimensioniert. Die

Rotdorn-Redaktion möchte zu bedenken geben, dass die Zahl der Ratten in Berlin die der Einwohner übersteigt, ca. 4 – 5 Millionen. Ein weiteres Millionenloch würde den Berliner Haushalt belasten. Dafür würde sich mancher Hartz 4'ler eine goldene Nase verdienen. Wir schlagen vor, pro Rattenskalp maximal 15 Cent zu zahlen. Nur bei diesem Betrag kann die gleichermaßen gesundheits- und sozialpolitische Maßnahme durchgeführt werden, ohne dass über allem stehende Ziel der Haushaltskonsolidierung aus den Augen zu verlieren. Allerdings nur unter Beachtung der Tatsache, dass das Erschlagen einer Ratte einen höheren Aufwand erfordert als das Sammeln von Bierflaschen, wofür der Hartzter bekanntermaßen 8 Cent kassiert.

Andererseits könnte der „Kopfgeldgedanke“ auch auf andere Plagen als die Ratten ausgeweitet werden. Tauben beispielsweise, die Hartz4-Empfänger der

Lüfte, sollten von ihren zweibeinigen Konterperts verfolgt und zu Tode gebracht werden. Im Gegensatz zur kommunistischen FDP, die pro Taube mit Sicherheit bereit wäre, mehr als einen Euro zu zahlen, plädieren wir dafür pro Taube 20 Cent zu zahlen.

Und wenn man dabei ist, die Parasiten durch Parasiten zu beseitigen, sollte nicht davor zurückgeschreckt werden, auch für die Hand eines Graffiti –Chaoten angemessen zu zahlen. Endlich könnte ein effektiver Weg gefunden sein, diesen Schmierfinken buchstäblich das Handwerk zu legen.

Wir rufen alle Menschen guten Willens auf, mit uns gemeinsam konstruktiv und seriös weitere Vorschläge zu erarbeiten, zu welchen Arbeiten Hartz4-Empfänger noch herangezogen werden können. Eine Auswahl wird in der nächsten Ausgabe vorgestellt werden. Weitere Vorschläge bitte per e-mail an rotdorn@gmx.de. [SK]

So radikal wie die Wirklichkeit

Wir haben uns als bundesweiter Jugendverband zusammengeschlossen, weil wir unsere Ziele so am besten erreichen können. Im ganzen Land sind wir mit 100 lokalen Gruppen in Dörfern und Großstädten aktiv, demonstrieren gegen den Überwachungsstaat, blockieren Naziaufmärsche, streiten gegen Notenstress und soziale Auslese im Schulsystem, fordern Ausbildungsplätze für alle und vieles mehr. Vor Ort, sowie auf Landes- und Bundesebene diskutieren wir politische Themen und bilden uns auf Seminaren und Konferenzen weiter, um neue Positionen entwickeln und vertreten zu können. International vernetzen wir uns mit anderen linken Jugendverbänden, organisieren Camps und Fahrten, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam stärker für unsere Ziele einzutreten.

lebe den Widerstand

280 Mio. Menschen sind unterernährt, die bestehende Landwirtschaft könnte jedoch die doppelte Weltbevölkerung ernähren. Von diesen Beispielen gibt es viele, für uns ist klar: Ein derart blutiges Wirtschaftssystem gehört bekämpft. Dafür braucht es Visionen,

Utopien, Konzepte. Wir wollen eine kooperative Wirtschaft in einer von Mitbestimmung und Freiheit geprägten Gesellschaft, nicht in ferner Zukunft – sondern so schnell wie möglich! Die Überwindung kapitalistischer Produktions- und Herrschaftsverhältnisse ist dafür notwendig. Wir wissen, dass es immer Probleme geben wird, wir glauben nicht ans Paradies – wir streiten für eine Welt, in der alle Zugang zu Medizin, Nahrung und Bildung haben – und wissen, dass dies möglich ist! Eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg – ergo ein menschenwürdiges Leben für alle. Wir nennen es Sozialismus oder Kommunismus, andere nennen es Anarchismus oder schlicht eine bessere Welt: wofür wir kämpfen, ist eine freiheitliche Gesellschaft jenseits vom Kapitalismus.

Wir sind ein parteinaher Jugendverband, der die kritische Auseinandersetzung, aber auch Zusammenarbeit mit der Linkspartei sucht. Zugleich sind wir Teil außerparlamentarischer, z.B. globalisierungskritischer Bewegungen und beteiligen uns an Projekten wie den Protesten gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm.

Wenn du auch aktiv werden willst, komm einfach vorbei. In Berlin haben wir Gruppen in Mitte, Neukölln, Friedrichshain, Spandau, Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg, Reinickendorf und Pankow. Wir schicken dir auch gerne Material zum Selberlesen, Verteilen und Verkleben zu und kommen mit Tipps und Ideen zu euch, wenn ihr eine eigene Gruppe aufbauen wollt.

Wann und wo sich die Bezirksgruppen treffen, Ankündigungen von weiteren Aktionen und vieles mehr findest du im Internet:

www.linksjugend-solid.de

linksjugend
['solid] 

... mitmachen,
selber machen,
Bambule machen.



ich möchte:

- mitmachen
- Infos über Linksjugend ['solid]

*ausschneiden, abschicken:
Linksjugend-['solid] e.V. | kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin

www.linksjugend-solid.de

Name

Adresse

Tel / Handy

Email



ROTDORN RADIO

Mit wechselnden Themenschwerpunkten
machen wir politisches Radio mit Studiogästen,
Livemitschnitten und Musik von Reggae/Ska
über HipHop bis Punk.
Während der Sendung ist ein Zuhörer(innen)telefon
freigeschaltet: 030/46 40 05 17

Einschalten und Mitdiskutieren!

An jedem 2. und 4. Montag im Monat um 20 Uhr
auf den Frequenzen des OKB

In Berlin: Antenne 97,2 oder Kabel 92,6
Anderswo: Livestream auf www.okb.de



Alle Sendungen als mp3-file zum Download unter: www.ROTDORN.org